

Posener Zeitung.

Sechstausendste Jahrgang.

Nr. 50.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an

Donnerstag, 30. Januar
(Erscheint täglich zwei Mal.)

Inserate 2 Sgr. die sechsgespartene Zeile oder deren Raum, dreigesparte Neblamen 5 Sgr. sind an die Expedition zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1873

Abonnements auf die Posener Zeitung pro Monat Februar und März nehmen sämtliche Postanstalten zum Betrage von 1 Thlr. 6 Sgr. 4 Pf. an. Bestellungen bitten also jetzt gefällig, direkt und bald bei denselben zu machen.

Expedition der Posener Zeitung.

Amliches.

Berlin, 29. Januar. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht das 8 Seiten umfassende Verzeichniß derjenigen dekorirten Personen, welche sich während des Krieges 1870/71 durch patriotische Handlungen außerhalb des Kriegsschauplatzes besonders ausgezeichnet haben. Aus der Provinz Posen haben erhalten: den Kr.-Ord. 3. Kl. mit dem rothen Kreuz auf weißem Felde, am Erinnerungsbande: v. Born, Oberst a. D. und Rittergutsbesitzer auf Sienow, Kreis Bromberg. v. Rose, Oberst-Lieut. a. D. und Land-Stallmeister zu Birke, Kreis Birnbaum.

Den Kr.-Ord. 4. Kl. mit dem rothen Kreuz auf weißem Felde, am Erinnerungsbande: Paul Wilhelm Andersch, Kaufmann zu Posen. Arlt, Kommissionsrath und Lotterie-Einnnehmer zu Bromberg. Dr. Barth, Seminar-Direktor zu Posen. Delsa, Landrat zu Kosten. Kobleis, erster Bürgermeister zu Posen. Dr. Kunze, praktischer Arzt zu Lissa, Kr. Frankfurt. Lenz, Bürgermeister zu Namisch, Kr. Kröben. v. Massenbach, Landrat zu Frankfurt. v. Treskow, Rittergutsbesitzer auf Groholin, Kreis Schubin. Weigelt, Ober-Bürgermeister und Hauptmann a. D. zu Lissa, Kreis Frankfurt. Wenig, Pfarrer zu Polajewo, Kreis Dobrilugk. Dr. Wittcke, prakt. Arzt zu Nakel, Kreis Wirsitz.

Den Kr.-Ord. 4. Kl. am Erinnerungsbande: Eckstein, Wundarzt zu Jetyce, Kreis Posen. Dr. Goldmann, Sanitätsrath zu Posen. Dr. Hellmann, prakt. Arzt und Wundarzt zu Frankfurt. Dr. Junker, Sanitätsrath und Kreis-Physikus zu Bromberg. Dr. Mayer, Sanitätsrath zu Posen. Dr. Rawack, prakt. Arzt zu Polnisch-Lissa. Dr. Neufeld, Medizinalrath zu Posen.

Das Allg. Ehrenzeichen mit dem rothen Kreuz auf weißem Felde, am Erinnerungsbande: Schubert, Heilgehilfe zu Schrimm. Wittstock, Hypothekenkammer-Kanzler zu Schwerin.

Das russische Reichsbudget für 1873.

RC. Petersburg, 27. Januar. Das diesjährige vor einigen Tagen veröffentlichte Reichsbudget pro 1873 gewährt die erfreuliche Überzeugung, daß es mit den Resultaten der Reichsfinanzverwaltung von Jahr zu Jahr besser wird. Das Budget schließt mit einem Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben von 27,671 Rubel ab. Das will nun an und für sich wenig besagen, da der vorjährige Überschuss sich über 300,000 Rubel höher, nämlich auf 384,221 Rubel stellte. Das Papier ist gebüldig und der Voranschlag würde an und für sich eben nicht viel für die Finanzlage Russlands beweisen, wenn nicht das Facit der Ist-Einnahmen und Ausgaben in den letzten Jahren konstant den Voranschlag gerechtfertigt hätte, dergestalt sogar, daß die Ausgaben hinter den Voranschlag zurückgeblieben, die Einnahmen weit übertroffen haben. Allerdings liegen über die Ausführung des Budgets nur bis insl. 1871 und pro 1872 Wahrscheinlichkeitangaben vor. Noch bis zum Jahre 1870 insl. konnte ein Gleichgewicht nicht hergestellt werden. Im Jahre 1867 überstiegen die Ausgaben immer noch effektiv die Einnahmen um 5 Millionen Rubel, 1868 sogar um beinahe 20 Millionen, 1869 um mehr als 11 Millionen und 1970 um 5 Millionen. Erst von 1871 ab stellte sich ein Überschuß von 8½ Millionen für die Einnahmen heraus, der wahrscheinlich auch pro 1872 in ähnlicher Höhe sich ergeben wird: In den 5 Jahren von 1867 bis insl. 1871 haben sich die Ausgaben um 18 p.C., die Einnahmen aber um 21 p.C. gesteigert, ungeachtet man mit der Erhöhung der Ausgaben nicht gefaßt hat. Die wirklich eingegangen gewöhnlichen Einnahmen beliefen sich 1868 auf 421 Millionen Rubel, 1869 auf 457, 1870 auf 480, 1871 auf 508 Millionen Rubel. Trotzdem hält sich der Voranschlag pro 1873 nur in der Höhe von 495 Millionen, bleibt also hinter der effektiven Einnahme des vorletzten Jahres um 13 Millionen zurück. Ueberblickt man den Voranschlag pro 1873 und vergleicht solchen mit dem Anschlage des vorigen Jahres, so ergibt sich zunächst ein Wachsthum der Einnahmen von 5,19 % und der Ausgaben von 5,07 in ordinaris, indem sich die Summe der Einnahmen um 24,716,76 Rubel und die der Ausgaben um 24,752,370 Rubel gesteigert haben. Was speziell die Einnahmen anlangt, so weisen solche überall eine Steigerung auf, zum Theil sogar eine sehr beträchtliche, nämlich in den indirekten Steuern, die um mehr als 15%, Millionen (6,2 p.C.) höher veranlagt sind, als pro 1872; nur die direkten Steuern bleiben hinter dem Anschlage pro 1872 zurück, und zwar um 1,331,061 R. (1,1 p.C.). Die Erhöhung des Voranschlages für die indirekten Steuern ist hauptsächlich einer in den letzten Jahren ersichtlichen, die Voranschläge übersteigenden Mehrinnahme aus der Getränke- und Tabaksteuer zu danken, während zugleich die Zuckersteuer wegen des günstigen Ausfalls der Rübenernte und der Einführung einer besseren Kontrolle wesentlich erhöhte Erträge verspricht. Auch die große Steigerung der Einnahmen aus den Grenzzöllen war wesentlich bestimmd für die Erhöhung des Voranschlages der Einnahmen der indirekten Steuern. Dieselbe betrug in der Periode von 1862 bis insl. 1867 nur 9,2 p.C., erhob sich aber von med. 1867 bis ult. 1871 auf 41,7 p.C. und weist von da ab in einem Jahre gleich Sprungzunahme von 9,17 p.C. auf, indem die Zölle pro 1871 mit 39,323,000 R. brachten. Pro 1872 erfolgte trotzdem die Veranlagung der Grenzzölle nur in Höhe von 43,815,500 R. Der Überschuß muß also pro 1872 ein ganz beträchtlicher sein, weil die Veranlagung hinter der Effektiv-Einnahme des

Vorjahrs um 4 Mill. zurückgeblieben ist. Pro 1873 sind die Einnahmen der Grenzzölle nur auf 51 Mill. veranschlagt, während der Handelsverkehr nach Westen sich dermaßen gesteigert hat, daß während noch 1862 der Handelsumsatz über die Landesgrenze nur 19,24 des russischen Gesamtumsatzes betrug, im Jahre 1871 sich herausstellte, daß über ein Viertel des russischen Gesamtumsatzes, nämlich 25,37 p.C. über die Panzergrenze geht und während Preußen und England, die Hauptlieferanten für Russland, 1862 vom russischen Gesamtumsatz nur 59 p.C. für sie in Anspruch nehmen, ihr Anteil am Gesamtumsatz pro 1871 sich auf 67,20 p.C. erhöht.

Mit einer Minderung der Einnahme ist die Poststeuer (direkte Steuer) und vom Salze im Voranschlag pro 1873 aufgeführt. Bei den Steuern sind über 1½ Mill. R. und beim Salze 1,100,000 R. weniger Einnahmen veranlagt als 1872. Erstens weil ein Theil des Grundzinses, den die ehemaligen Reichsbauern zu zahlen haben, in den westl. Gouvernementen als in Postaufszahlungen verwandelt ist — nach Art der Kapitalzahlungen bei Ablösung der Neallasten, Renten und Zinsen in Preußen — und dieser kapitalistische Zins im Etat der Einnahmen der Verkauf des Staatsgegenstands beigezählt ist; letzteres weil im Königreich Polen der Salzhandel freigegeben ist. Es scheint trotzdem, daß die Steuer-Veranschlagung noch immer zu hoch gegriffen ist. Denn aus den Berichten der Reichskontrolle über das Eingehen der Steuern pro 1871 ergibt sich, daß zum Jahre 1872 im Gouvernement Mohilew allein über eine Million nicht bezahlter direkter Steuern lastete. Das Gouvernement Mohilew steht in dieser Beziehung nicht vereinzelt da, indem das Gouvernement Smolensk mit einem vollen Jahresbetrag der Steuern im Rückstande war. Auch Nowgorod bietet dieselbe Erscheinung und außerdem haben sich sehr bedeutende Rückstände in den Gouvernementen Witebsk, Wilna, Kowno, Estland, Pölow, Petersburg, Tschernigow gebildet und die Mehrzahl der übrigen Gouvernemente ist ebenfalls nicht frei davon. Dazu kommt, daß es sich bei den Rückständen in den westl. Gouvernementen nicht blos um Steuerrückstände, sondern in noch höherem Maße um Rückstände von Postaufszahlungen handelt, so daß z. B. in Mobilen allein 2 Mill. und in Smolensk ein voller Jahresbetrag dieser Zahlungen im Rückstande blieb. Wenn die russische Regierung nun glaubt, ihre Ausfälle mit den Wiederveranschlagungen bei direkten Steuern von in Summa 1½ Millionen und dem bei den Reichsauflagen für die möglichen Steuerausfälle mit 1 Mill. in Ansatz gebrachten Posten, also mit ca. 2½ Mill. abfinden zu können, so möchte dieselbe ihre Rechnung doch ein wenig ohne den Wirth gemacht haben. Bei den Reichsaufgaben finden wir nur zwei Positionen, welche in unbedeutender Weise hinter dem Voranschlag des vorigen Jahren zurückstehen: die Ausgaben für das auswärtige Amt und diejenigen des Domänenministeriums. Dagegen zeigte der Ausschub für den Krieg eine Erhöhung von 9 Mill. oder etwas weniger als ein Sechstel des vorigen Jahresbetrag, der der Marine um fast 4 Mill. auf. Auch die öffentlichen Bauten sind um ½ höher als im Vorjahr veranschlagt. Bei der Verwaltung der Reichsschulden ist eine Erhöhung des Etats um ein Siebenzehntel und beim Unterrichtsministerium um ein Elftel eingetreten, die übrigen Etatserhöhungen sind ohne auffälligen Werth. Auf die Etats des Krieges, der Marine und des Unterrichts werden wir in der Folge zurückkommen. Es ist darüber Vieles zu sagen, wozu für heute der Raum nicht ausreicht.

Deutschland.

△ Berlin, 29. Jan. Daß die Eröffnung der Reichstagssession für die erste Hälfte des Monats März in Aussicht genommen worden, ist bereits von verschiedenen Seiten gemeldet. Es versteht sich, daß dabei vorausgesetzt wird, der Landtag werde bis dahin nicht nur die von parlamentarischer Seite angeregte Verfassungsänderung votirt, sondern auch über die kirchenpolitischen Gesetze wenigstens im Abgeordnetenhaus Beschuß gefaßt haben. Es würde dann, wenn die Dinge so verlaufen, das Zusammenarbeiten der beiden Vertretungskörperschaften sich so gestalten, daß während der Berathungen des Reichstages das Herrenhaus die Vorlagen des Kultusministers in Bezeichnung nähme. Das Abgeordnetenhaus würde die 21-tägige Pause zwischen der zweiten und dritten Beschlussschau über die Verfassungsänderung zu benutzen haben, um die wichtigeren finanziellen Vorlagen zu erledigen. — Die „Provinzial-Korrespond.“ nimmt in ihrer heutigen Nummer auch Notiz von der Hofstrauer, welche in Folge des Ablebens der Großfürstin Helena angelegt worden. Das halbmälsche Blatt widmet bei dieser Gelegenheit der Verstorbenen einige warme und anerkennende Worte des Nachrufs. Es wird wohl nicht unbeachtet bleiben, daß von der gleichzeitigen Trauer für den Kaiser Napoleon gar nicht gesprochen wird. — Die Nachricht, daß der gegenwärtige Bezirkspresident von Mecklenburg, Graf zu Eulenburg, zum Ober-Präsidenten von Hannover aussersehen sei, dürfte sich als voreilig erweisen. Allerdings hält man es in Regierungskreisen für wahrscheinlich, daß Graf Eulenburg eine der valanten Ober-Präsidialstellen erhalten werde, es scheint aber noch ungewiß, welche derselben ihm zufallen wird.

□ Berlin, 29. Januar. [Klerikale Erkenntniß. Schulze-Delitsch. Spannleistungen.] Nach zuverlässigen Nachrichten hat die Vorlegung der neuen kirchlichen Gesetze, insbesondere des Gesetzes über die geistliche Disziplinargewalt und die Errichtung eines höchsten geistlichen Gerichtshofes in den ultramontanen Kreisen einen sehr deprimirenden Eindruck gemacht. Man gewinnt dort, wie es heißt, die Anschaunung, daß die Führer der katholischen Bewegung schließlich den Bogen zu scharf gespannt haben und daß namentlich mit dem letzten Gesetz dem Terroismus des Jesuitenordens und seiner Anhänger ein Ende gemacht werden dürfte. Hoffentlich wird die Zeit nicht fern sein, wo sich die große Zahl der älteren patriotischen Geistlichen, wie

von einem schweren Alp befreit fühlen wird. — Bekanntlich wurde vor Kurzem der Abgeordnete Schulze-Delitsch in dem „Neuen Sozial-Demokraten“ verläumdet und beleidigt, indem man — wie sich herausgestellt hat, in rein böswilliger Absicht — versucht, sein Familienleben zu schänden. Herr Schulze hat heut die Verleumdungslage gegen den Verfasser des betreffenden Artikels wie auch gegen den Herausgeber und Redakteur des „Neuen Sozial-Demokrat“ angestrengt. — In landwirtschaftlichen Kreisen regt sich jetzt eine Agitation gegen die Bestimmung, welche dem Landwirth Spannleistungen für die Armee bei Manöverfahren zur Pflicht machen und gerade in einer Zeit, wo er sein Spannvieh selbst in dringender Weise bedarf, die Pflicht auferlegt, unter Hintanstellung seiner eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse für die Truppen nach einem Vergütungssatz, der mit den heutigen Pferde- und Futterpreisen in gar keinem Verhältniß steht, Spannleistungen zu thun. Wohl kein Landesteil wird von diesen lästigen Bestimmungen härter betroffen, als gerade die Umgegend Berlins, weil gerade in der Nähe Berlins fast alljährlich größere Truppenübungen veranstaltet werden, bei denen dann die Landwirths regelmäßig zur Leistung der Manöverfahren herangezogen werden. Aus diesem Grunde ist es auch erklärlich, daß die Landwirths der Umgegend Berlins den ersten Anstoß gegeben haben, um in dieser Angelegenheit eine möglichst gesetzliche Regelung herbeizuführen. In der letzten Sitzung des landwirtschaftlichen Vereins des Teltower Kreises, welchem die hervorragenden Landwirths der ganzen Umgegend Berlins angehören und welche wie immer sehr zahlreich besucht war, lag folgender Antrag des Hrn. Wagner-Mahlsdorf vor: „Wäre es nicht zeitgemäß, von Seiten des teltower landwirtschaftlichen Vereins als Korporation mit einer Petition an den Reichstag zu gehen, um Erlaß resp. Aufhebung der Spannleistungen bei Manöverfahren, die dem Landwirth in der dringendsten Arbeitszeit weggenommen werden, nach einem Vergütungssatz, der mit den heutigen höhern Pferde- und Futterpreisen in gar keinem Verhältniß steht, bei einem so günstigen Finanzstände des preußischen Staates der so sehr bedrängten Landwirtschaft gegenüber?“ — In der Versammlung wurde die Berechtigung dieses Antrages allgemein anerkannt und die Nachtheile hervorgehoben, welche den Landwirthen — speziell der Umgegend Berlins aus diesen lästigen Bestimmungen erwachsen. Nichtsdestoweniger beschloß man, noch nicht sofort zu dem Mittel der Petition an den Reichstag zu greifen, sondern auf dem Verwaltungsweg die Abhilfe gewünscht zu schaffen. Es wurden in Folge dessen der Landrat des Kreises Teltow, Abgeordneter Prinz Hohenlohe, und der in demselben Kreise ansässige Landtags- und Reichstagsabgeordneter Rittergutsbesitzer Kiepert-Marienfelde mit dem Antragsteller Gutsbesitzer Wagner-Mahlsdorf gewählt und beauftragt, sich mit dem Kriegsminister Grafen Roos in Verbindung zu setzen und zu versuchen, ob nicht durch Darlegung der tatsächlichen Verhältnisse es möglich werde, durch anderweitige gesetzliche Regelung eine Bestimmung zu beseitigen, welche die gesamte Landwirtschaft in erheblichem Maße beeinträchtigt.

— Am 24. d. Ms., zur Feier des Geburtstages Friedrichs des Großen, fand im Arminischen Saal eine Festversammlung der Militärischen Gesellschaft statt, welche der König und die königlichen Prinzen mit ihrer Gegenwart beehrten. Hauptmann Helmuth vom großen Generalstabe hielt den Vortrag über den Ausgang der Schlacht von St. Privat-Gravelotte, welcher drei Stunden währt und in großer Ausführlichkeit die Schlusshälfte des gewaltigen Kampfes in allgemein fesselnder und ergreifender Weise schilderte. Der Kaiser verweilte nach Beendigung des Vortrags noch längere Zeit in der Versammlung sich mit mehreren Offizieren unterhaltend. Sodann wandte sich Se. Maj. an die versammelten Offiziere und hielt folgende Ansprache an dieselben:

Wir haben soeben den Vortrag über diese bedeutungsvolle Schlacht beenden hören. Mögen die jüngeren Offiziere daraus lernen, daß nur durch völlige Hingabe an ihren Beruf, Großes geleistet werden kann, und möge ferner vom Offizierscorps in der Armee der Geist gepflegt werden, welcher sie hat Thaten verrichten lassen, deren Schilderung uns mit Erhebung, aber auch mit tiefer Bewunderung über die vielen Opfer erfüllt, deren ich mit Dankbarkeit gedenke.

— Beim Erscheinen der Sammlung der Kriegsdepeschen des Königs an die Königin ist, wie die „Nord. Allg. Zeit.“ schreibt, wiederholt die Bemerkung laut geworden, es finde sich darin eine eigentliche Mitteilung darüber, daß der Kaiser Napoleon dem König Wilhelm seinen Degen dargeboten habe, nicht vor, obgleich die in der Depesche vom 3. September 1870 enthaltene Neuzeugung, Napoleon habe nur sich selbst dem König Wilhelm ergeben, den Eindruck der Verbesserung einer früheren Mitteilung über dieses wichtige Ereignis des Krieges mache. Diese Bemerkung ist nicht ungerechtfertigt, denn eine am 1. September 1870 Abends 7½ Uhr auf dem Schlachtfelde von Sedan vom König an die Königin gerichtete Depesche — die zweite an diesem Tage — ist niemals in die Hände derselben gelangt. Die angestellten Recherchen haben ihr Verschwinden konstatiert. Das verlorene gegangene Telegramm nun lautete:

Auf dem Schlachtfelde von Sedan, 1. September 1870, 7½ Uhr. Die französische Armee ist in Sedan eingeschlossen und der Kaiser Napoleon hat mir den Degen dargeboten. Ich habe ihn angenommen und verlange die Kapitulation der Armee als Kriegsgefangene. Gott hat uns sichtlich gesegnet. Wilhelm.

— Die XIV. Kommission hat vorgestern §§ 6—9 und § 14 des Gesetzentwurfs über die Bildung und Anstellung der Geistlichen behandelt.

Bei dem § 6, welcher die Absolvierung des theologischen Studiums auf kirchlichen Seminarien nur für die Orte und Sprengel gestattet, die keine theologische Fakultät haben, theilte der Vertreter der Regierung gegenüber der lebhaften Befürwortung der Seminare von Seiten der Klerikalen ein Schreiben des Ministers Altenstein mit, in welchem die Schäden der Seminarbildung dargestellt und die Nothwendigkeit in Bonn eine theologische Fakultät zu gründen, dadurch motiviert wird.

Der damalige Erzbischof von Köln, Graf Spiegel, theilte diese Auffassung und erklärte: er wenigstens wolle in seiner Diözese nicht jene ungewöhnlichen Fanatiker, wie sie die Dresdner der Seminare liefern, sondern philosophisch gebildete, der modernen Kultur nicht fernstehende Männer. — Der § 6 wurde von der Kommission mit der bisherigen Mehrheit unverändert angenommen. § 7 untersagt, daß Studirende während der Universitätsszeit einem kirchlichen Seminar angehören. Der Vertreter der Regierung hob den Unterschied zwischen einem Seminar, welches die Universität vorlesungen erzeigen soll, und einem Konvikt hervor und erklärte, daß die Staatsregierung an Universitätsorten keine Seminare mehr dulden werde. Sollte z. B. in Polen eine Universität errichtet werden, so würde das Seminar dort in Begfall kommen müssen. Auch dieser Paragraph fand unveränderte Annahme. — § 8 spricht von der Staatsprüfung, welche auf die allgemeine wissenschaftliche Bildung insbesondere auf dem Gebiet der Philosophie, der Geschichte, deutschen Literatur und der klassischen Sprache gerichtet sein soll. Hierzu wurden viele Amendements gestellt. Einige wollten die klassischen Sprachen, die bereits auf dem Gymnasium genügend getrieben würden, streichen und statt dessen die Naturwissenschaften und die Pädagogik, oder auch die Pädagogik allein hinzufügen. Von anderer Seite wurde eine Kenntnis der Verfassung und der Gesetze über das Verhältniß von Kirche und Staat gewünscht und die Hoffnung ausgesprochen, daß, wie in Baden, in der Verordnung des Ministers über das Prüfungsweisen dieser Punkt als zur allgemeinen Bildung gehörig hervorgehoben werde. Von klerikaler Seite erklärte man, die Prüfung in diesen allgemeinen Gegenständen werde das spezielle Studium fören und zur Oberflächlichkeit führen. Bei der schließlichen Abstimmung wurden die neu beantragten Gegenstände (Pädagogik und Naturwissenschaft) gegen wenige Stimmen abgelehnt, aber auch die klassischen Sprachen mit 11 gegen 8 Stimmen gestrichen und der § 8 mit dieser Auslassung angenommen. — § 9 stellt alle kirchlichen Vorbildungsanstalten unter die Aufsicht des Staats und § 14 ordnet an, daß eine Klasse derselben, die Knabenseminare und Knabenkonvikte, nicht mehr neu errichtet und in die bestehenden keine neuen Zöglinge mehr aufgenommen werden sollen. Der Paragraph berührt also nur solche Anstalten, welche die Vorbildung auf den Gymnasien erzeugen sollen, nicht aber diejenigen Seminarien, die nach Vollendung des Universitätstudiums zur praktischen Ausbildung in der Seelsorge gestiftet sind. Es sind die Anstalten gemeint, welche nach den Anweisungen des Tridentiner Konzils Knaben, womöglich vom zweitältesten Jahr ab, aufzunehmen und ausschließlich für den geistlichen Beruf erziehen. Die Klerikalen suchten diese Anstalten zu vertheidigen durch Berufung auf das vertragsmäßige Recht (Bulle de salute animalium), ferner auf Art. 15 der Verfassung, der den Kirchen den Besitz und Genuss ihrer Anstalten garantire und auf die vortrefflichen Leistungen dieser Knabenkonvikte. Der Regierungsvertreter mache darum aufmerksam, daß die Bulle de salute animalium gar nicht von Knabenkonvikten, sondern von Priesterseminarien rede; jede Diözese solle nach ihr ein einziges solches Seminar besitzen. Man brauche also nicht auf diese Frage einzugehen, ob die Bulle überhaupt vertragsmäßiges Recht gewähre. Die Knabenseminare in ihrer heutigen Gestalt hätten bis 1853 in Preußen gar nicht bestanden. Erst seit dieser Zeit habe man Institute im Sinne des tridentinischen Konzils gebildet, mit einem geistlichen Rektor und geistlichen Präzeptoren an der Spitze, und mit der Bestimmung, Knaben, vorzugsweise aus den armen Volksschulen, für den geistlichen Stand möglichst abgeschlossen vorzubereiten. Auf die Leistungen im Lernen komme es bei diesen Anstalten nicht an, sondern auf das Verwerthliche in dem System der Erziehung, wofür eine Reihe von Zeugnissen aus der katholischen Kirche selbst sprächen. Nach Art. 15 der Verfassung, wie er von der Kommission amendiert sei, könne der Staat vermöge seines Aufsichtsrechts gemeinschädliche Anstalten schließen. Bisher hätten übrigens die Bischöfe jede Einrichtung in diese Anstalten dem Staate verweigert; eine Prüfung der einzelnen Anstalten sei daher unmöglich gewesen. Diese Prüfung werde erst jetzt erfolgen können und wann sich unter

den Konvikten keine Gymnasialaluminate befänden, so würden diese nicht unter § 14 fallen. Gegenüber der Klage von klerikaler Seite, daß man diese Konvikte stückweise abtöten wolle, wurde aus der Kommission noch bemerkt, daß es ja in der Hand des Bischofs liege, die Anstalten den Alumnaten, welche für alle gelehrt werden, bereit zu akkommodieren. Bei der schließlichen Abstimmung wurde der von konservativer Seite gestellte Antrag: nur die Errichtung neuer Knabenseminare zu verbieten, mit 12 gegen 8 Stimmen verworfen und der § 14 der Vorlage, unter ausdrücklicher Beziehung auf § 9 und mit dem Zusatz angenommen: „im Falle der Aufnahme neuer Zöglinge ist der Minister der geistlichen Angelegenheiten zur definitiven Schließung der betreffenden Anstalten befugt.“

Der zeitige Direktor der Bauakademie, Geheimrath Gründl, ist in den Ruhestand getreten und der Baurath Prof. Lucas, Lehrer an derselben und Mitglied der technischen Deputation für Gewerbe zu seinem Nachfolger ernannt worden. — Der bisherige Kommissar des Königlichen Polizei-Präsidii für das öffentliche Fuhrwesen, Polizeihauptmann Dennstedt, ist äußerem Vernehmen nach dieser Stellung entthoben und zum Kommandeur der berittenen Schutzmannschaft ernannt worden. An seine Stelle tritt der älteste Revier-Polizei-Lieutenant v. Allard, bisher in Schöneberg stationirt.

Im Abgeordnetenhaus arbeiteten heut folgende Kommissionen: Die XIV. Kommission ging in ihrer Berathung bezüglich des Gesetzentwurfs über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen weiter fort.

Es kamen zunächst die §§ 15 und 16, welche von der Anstellung selbst handeln, zur gemeinsamen Berathung. Es lagen hierzu von zwei Seiten Abänderungsanträge vor, welche eine sehr ausgedehnte Diskussion hervorriefen. Schließlich erhielten die §§ nachstehende Fassung: § 15. Die geistlichen Obern sind verpflichtet, diejenigen Kandidaten, denen ein geistliches Amt übertragen werden soll, dem Oberpräsidenten zu benennen. Dasselbe gilt bei Verzezung eines Geistlichen in ein anderes geistliches Amt oder bei Umwandlung einer wissenschaftlichen Anstellung in eine dauernde. Innerhalb 30 Tagen nach der Ernennung kann Einspruch gegen die Anstellung erhoben werden. Die Erhebung des Einspruchs steht dem Oberpräsidenten zu. — § 16. Der Einspruch ist zulässig: 1. wenn dem Anstellenden die gesetzlichen Erfordernisse zur Bekleidung des geistlichen Amtes fehlen; 2. wenn gegen den Anstellenden Thatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß derselbe den Staatsgesetzen oder den innerhalb ihrer gesetzlichen Zuständigkeit von der Obrigkeit erlassenen Anordnungen entgegenwirken oder den öffentlichen Frieden stören werde; 3. wenn der Anstellende wegen eines Verbrechens oder Vergehen, welche das deutsche Strafgesetzbuch mit Buchstabus oder mit dem Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte oder dem Verluste der öffentlichen Amtsertheil bedroht, verurtheilt oder in Untersuchung ist. Die Thatsachen, welche den Einspruch begründen, sind anzugeben. Gegen die Einspruchserklärung kann innerhalb 30 Tagen bei dem Königlichen Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten und so lange dessen Einführung nicht erfolgt ist, bei dem Minister der geistlichen Angelegenheiten Beschwerde erhoben werden. Die Entscheidung ist endgültig. — Es folgen nun die §§ bis 21 und sodann die Strafbestimmungen.

Die Fraktion der Fortschrittpartei hat beschlossen, zum Artikel 15 der Verfassung eine Urkunde das Amendement zu stellen: Die Worte: „evangelische und die römisch-katholische Kirche zu streichen; daß der Eingang des Artikels lautet: „Jede Religionsgesellschaft ordnet und veraltet ihre Angelegenheiten selbstständig.“ — Weitere Amendements fanden nicht die Zustimmung der Kommission. — Ferner haben die Abge. Dunker, Richter (Hagen), Parisius und Kerst zu Artikel 18

folgenden Antrag gestellt: Hinter „Religionsdiener“ hinzuzufügen: „so weit solche mit staatlichen Funktionen bekleidet sind oder durch Zuflüsse aus Staatsfonds besoldet werden.“

Kassel, 24. Januar. In der Kirche zu Treysa wurde, wie man dem „Fr. J.“ mittheilt, am letzten Sonntags ein Alt strenger Kirchenzucht publizirt. Nachdem der Pfarrer zu wiederholten Malen gegen den durch den modernen Fortschritt veranlaßten religiösen Indifferenzismus gefeiert hatte, verlas er von der Kanzel herab einen geistlichen Erlaß, nach welchem fortan jedenjenigen, die ein ganzes Jahr hindurch die Kirche nicht besuchen, beim Begehung des Geläute, denen dagegen, welche einer Vorladung des Presbyteriums oder des Pfarramts nicht Folge leisten, das Abendmahl verweigert wird. Den die Kirche nicht Besuchenden das kirchliche Begräbnis überhaupt zu verweigern, steht dem Pfarrer jedenfalls nicht an, weil dann die Gebühren ganz in Wege fallen, während beim Begehung des Geläute nach dem Stolzgebühren-Reglement nur der Kürzer geschädigt wird.

Von der Fulda, 27. Januar. Vor Kurzem wurde durch die Staatsanwaltschaft zu Fulda bei einem Buchhändler die gegenwärtig noch in Kassel, Nordenburg &c. zum Verkaufe aufliegende Broschüre: „Das moderne deutsche Kaiserreich und die Katholiken“ konfisziert. Das Kreisgericht hatte hierauf auf Vernichtung von 16 Seiten der Schrift, welche Beleidigungen gegen den deutschen Kaiser enthalten sollten, erfannt. Die Staatsanwaltschaft legte gegen dieses Urtheil unter Ausdehnung der Anklage auf 37 weitere Seiten, die angeblich Beleidigungen gegen mehrere national-liberale Abgeordnete u. gegen Führer der Alt-katholiken enthielten, Berufung ein, worauf das Appellationsgericht zu Kassel — ohne sich für oder gegen die Begründung der Klage zu erklären — auf Vernichtung der Druckschrift erkamte. „Weil nach Ausscheidung der von der ersten Instanz verurtheilten Seiten die ganze Broschüre doch wertlos sei.“

Dresden, 26. Jan. Die hiesigen Blätter melden heut gleichmäßig, daß Staatsministerium habe nach einer langen Sitzung sich zu dem Besluß geneigt, das Volksschulgesetz trotz der entgegenseitigen Beschlüsse der Zweiten Kammer zu publizieren, also von § 92 der Verfassung Gebrauch zu machen, der ein in der einen Kammer angewonnen Geist nur dann für verworfen erklärt, wenn in der andern wenigstens ²/₃ der anwesenden Mitglieder dagegen gestimmt haben. Das ist nun freilich hier nicht geschehen; dafür hat aber die Zweite Kammer alle wichtigen Punkte des Gesetzes abgelehnt, und immerhin mit zum Theil respektablen Motiven. Unter allen Umständen ist es eine etwas sonderbare Art, wie der neue Kultusminister sich einführt, daß er das erste von ihm vorgelegte Gesetz gegen den ausgesprochenen Willen der Volksvertretung durchführt, unter Annwendung eines Verfassungsparagraphen, der doch wahrhaftig in dieser Anwendung in die heutige Zeit nicht mehr paßt. Das Verhältniß des Hrn. v. Gerber zur Majorität der Zweiten Kammer, der er ja in § Gesetz schlägt, wird dadurch natürlich kein autres. Bis jetzt hat die letztere dem neuen Minister große Rücksicht bewiesen, obwohl seine Haltung auf der sächsischen Landessynode keineswegs dazu angeht war, ihm Vertrauen im Vorau zu erwerben. Über die Verlegerungen, welche die v. der Synode gefassten Beschlüsse (wegen eines Landesfondsrums und wegen des Patronatsrechts), wie sie von der Kammer annullirt wurden, ihm bereitet hatten, hat der gemäßiger Theil der Liberalen ihm hinweggeholfen, wie sehr auch die Entschiedenen auf Verwerfung drangen, und ebenso ist allen Geldforderungen seines Departements, von denen mehrere sehr bedeutend waren, mit voller Liberalität entsprochen worden. Ob nicht statt dessen nur ein ganz anderes Verhältniß der liberalen Mehrheit der Zweiten Kammer zu ihm eintreten würde? Zu verwundern wäre es nicht!

Leipzig, 27. Januar. Heute hat wie bereits telegraphisch gemeldet, der Strik der hiesigen Sezess begonnen. In den 46 Druck-

*) Vgl. die Depesche im heutigen Morgenblatt. Ned. d. Pos. 3.

Konzert.

Gestern gab das wohlgeschulte Orchester des Hrn. Appold die zweite, die Mendelssohn-Suite. Ein zahlreiches Publikum folgte der exakten Ausführung mit Theilnahme, und wenn wir die hiesigen Zustände recht verstehen, so bildet sich damit der Kern einer Kunstgemeinde, welche eine hoffnungsvolle Entwicklung verspricht.

Zuerst geben wir eine Skizze des Komponisten.

Mendelssohn's Vater hatte den Grundsatz, daß alles, was in der Welt etwas bedeuten wolle, auch etwas sein müsse. Danach leitete er seinen Sohn. Auch Zelter, dem Lehrer desselben, war alle sprudelnde Genialität ohne Ziel und Ordnung zu wider. Diesem Umstände verdankte der junge Komponist eine feste und sichere Basis, die ihn vor allen Ausschreitungen der Phantasie bewahrte und an einen bestimmten, wenn auch enge beschränkten Gesichtskreis band.

Wer Großes will, muß sich zusammenraffen,

In der Beschränkung zeigt sich erst der Meister."

Schumann lauschte auf die Vorgänge seines Innern und wußte darin, er offenbarte in der Tonssprache die geheimsten und verborgenen Negungen einer nach allen Seiten tastenden und oft gräßlichen Psyche. Schubert streute verschwenderisch seine Schätze aus und schwärzte und schwelte nicht selten in objektlosen Bildern. Bei beiden überwucherte die Phantasie, und der fassbare Anhalt, der bestimmte Vorgang verschwand oder gestaltete sich nur dümmend und von Zufälligkeiten umhüllt. Anders Mendelssohn, dem immer die Gestaltung der Form und das künstlerische Maß die Hauptfache blieb. Begrenzt, besonnen und immer voller Adel und Innigkeit, so wurde Mendelssohn der Meister, der wie kein anderer seiner Individualität ganz und gar treu blieb, und dem es gelang, neue Bahnen zu brechen. Zuerst sind es die Märchen und Sagen der deutschen Welt, die holdsten Kinder eines ursprünglichen und naiven Volkslebens, welche er neu belebte und in die Tonssprache kleidete. Außer den „Sommernachtstraum“ und „Hebriden-Ouverture“ legen davon Zeugniß ab die „schöne Melusine“, „Meeresstille und glückliche Fahrt“ und eine große Zahl von kleineren Werken, namentlich aus seiner Kammermusik. Diese Seite der modernen Musikentwicklung hat er zum Abschluß gebracht und damit der Musikliteratur ein sicheres neues Gebiet erworben. Auch durch das „Lied ohne Worte“ bereicherte er die Schatzkammern der Kunst. Es war nicht positiv neu, das Lied in die Sprache eines Instruments zu übertragen, aber das war neu dabei, die einheitliche Stimmung in die knappe Form und in den engsten Rahmen zu kleiden. Drittens ist Mendelssohn der Schöpfer des modernen Oratoriums geworden, leineswegs über Bach und Händel hinaus, denn ihm fehlte zwar die Einigkeit des ersten und der Glanz des zweiten nicht, auch nicht eine tiefe Frömmigkeit, welche ein Erbherr seines väterlichen Hauses war, aber doch eine kirchliche Richtung, ohne welche die prophetischen und apostolischen Gestalten nicht gedacht werden können. Nichts desto weniger geben ein „Elias“ und „Paulus“ Kunde davon, wie sich die religiöse Empfindung seiner Zeit mit der Kirche absondert. Endlich geht durch alle Mendelssohn'schen Werke noch ein Zug, der allgemein verständlich ist, dem sich jede fühlende Brust öffnet. Es ist eine edle Leidenschaftlichkeit, nicht bloß sinnlich, nicht sentimental, nicht titanisch, auch nicht einmal hoch pathetisch, sondern einfach, natürlich, kräftig und von einem leisen moderten Weltschmerz angehaucht.

Fragen wir, in wie weit das Appold'sche Orchester in das eigen-

thümliche Wesen des Meisters, welchem es so viel Fleiß gewidmet hat, eingedrungen ist, so kann die Antwort nur befriedigend lauten. Mit rechter Hingabe trafen die disziplinierten Massen die Akzente der hervortretenden Motive, die neckischen und duftigen Begleitungsfiguren, das verschwimmende Morendo, den Schwung des Crescendo, den warmen Ton der Cantilene. Überall war die leitende Hand des Dirigenten zu erkennen und das von einer schönen Aufgabe erregte künstlerische Streben der Musiker. Nur eines wollen wir hier bemerken. Herr Appold behandelt den Dirigentenstab mehr als dynamischen, denn als rhythmischen Regulator. Daraus ergeben sich zuweilen Schwankungen, welche die Auffassung erschweren. Wer jemals im Orchester gesessen hat, weiß, daß man mit unverwandten Blicken sowohl die Note wie den Taktstock verfolgen muß. Wenn dieser nicht jede Bewegung mit ausgiebiger Deutlichkeit und ohne alle Wellenbewegung macht, so sind die Orchesterspieler selbst beim festesten Taktgefühl verlorne Leute. Beethoven pflegte in den Jahren, da das Dirigiren ihm noch nicht durch eine vollkommene Taubheit versagt war, seine Gestalt empor zu strecken oder unter das Dirigentenpult zu versinken, je nachdem er ein Forte oder Piano bezeichnete wollte. Beim Pianissimo blieb vom Dirigenten und von seinem Taktstock nichts mehr sichtbar. Wir wollen diese Methode durchaus nicht anpreisen, es gibt bessere.

Lessing sagt: „Ich weiß einem Künstler, er sei von weiblichem oder andern Geschlecht, nur eine einzige Schmeichelei zu sagen, und diese besteht darin, daß ich annnehme, er sei von aller eitler Empfindung entfernt, die Kunst gebe ihm über alles, er höre gern frei und laut über sich urtheilen und wolle sich lieber dann und wann falsch als seltener beurtheilt wissen. Wer diese Schmeichelei nicht versteht, bei dem erkenne ich mich bald irre, und er ist nicht mehr wert, daß wir ihn studiren. Der wahre Virtuose glaubt es nicht einmal, daß wir seine Vollkommenheit einschätzen und empfinden, wenn wir auch noch so viel Geschrei davon machen, ehe er es nicht merkt, daß wir auch Augen und Gefühl für seine Schwäche haben. Er spottet bei sich über jede uneingeschränkte Bewunderung, und nur das Lob desjenigen fügt ihn, von dem er weiß, daß er auch das Herz hat, ihn zu tadeln.“

Herr Appold versteht das Lessing'sche Wort sicherlich und wird unsere obige Bemerkung nicht missdeuten.

G. M.

Das Tanzen.

Es gibt in diesen Tagen nichts Wichtigeres, und es war alle Zeit ganz ausnehmend wichtig; Plato und Aristoteles haben darüber ihre Meinung gesagt, Aeschylus und Sophokles waren treffliche Tänzer, und Sokrates kanzelte einen seiner Freunde tüchtig herab, weil er ihm Vorwürfe darüber machte, daß er, ein so ernster Mann! mit einer so leichtfertigen Kunst sich befasse; der größte aller Philosophen der alten Welt meinte, es diene das Tanzen einmal zu seiner Gesundheit, dann übe es den Blick für Ebenmaß. Eine griechische Fabel erzählt, ein trefflicher Kämpfer im Streit habe von der Hera den jungen Ares zur Erziehung erhalten, allein ihn nicht früher im Gebrauch der Waffen unterwiesen, bis er ihn zu einem vollkommenen Tänzer ausgebildet hatte.

Gekrönte haben sich von jeher damit gequält, herauszubringen, wem das Verdienst und die Ehre zuzuschreiben sei, das Tanzen erfunden zu haben; es wurden genannt Orpheus, die Muse Erato, Nomus, Jubal, von dem nach Moses „hergekommen die Geiger und die Pfeifer“ u. s. w. Dasvernünftigste in der für alle Welt so interessanten Frage

scheint mir der böslche Lucian gefunden zu haben, der gerade heraus sagt: „Alle, welche den Ursprung des Tanzes genau untersucht haben, sind zu der Einsicht gekommen, daß zugleich mit dem Anfang aller Dinge das Tanzen zum Vorschein gekommen und mit der uralten Liebe zu gleicher Zeit geboren wurde.“

Es ist ganz unglaublich, wie viele Definitionen von dem „Tanz“ gegeben wurden; aber sie sind um kein Haar glücklicher ausgefallen als diejenigen, welche aufgestellt wurden, um den Welt kurz und gut zu erklären, was die Schönheit sei. Das „Tanzen“ hat einen viel zu bedeutenden Inhalt, als daß es gelingen sollte, es in ein paar Wörtern erschöpfend darzustellen. Greifen wir aus der Fülle der vorliegenden, leider mißglückten Versuchen die nächstbesten heraus, um an Beispiele zu erkennen, wie sehr Gelehrte und Praktiker gleichmäßig in diesem Falle danebengegriffen; da sagt ein Theoretiker: „Das Tanzen ist eine regelmäßige, leichte Hin- und Herbewegung des Körpers, um dadurch sich ein Vergnügen zu verschaffen, wobei die Stellungen unter einander vermengt werden, damit die Verschiedenheit der Schritte und Sprünge entstehen könne.“ Ich werde mich hütten, diese Definition zu kritisiren, und beginne mich damit, zu erklären, daß es einem langjährigen Praktiker, der ein sehr ergötzliches Buch über das Tanzen geschrieben, mit seiner Ausdeutung nicht besser gegangen; er meint nämlich: „Jede körperliche Bewegung, welche „mehr“ denn Gang und „weniger“ als rohe Ausübung physischer Kräfte ist, ist Tanzen“. Abgesehen davon, daß dies zugegeben, „Reiten“ und „Tanzen“ ganz identisch wären, ist diese Erklärung wohl mehr „getanzt“ und weniger „gedacht“. Nach Adelung ist „Tanzen“, sein Vergnügen durch abgemessene Bewegungen des Körpers an den Tag zu legen, und wäre das Wort verwandt mit „Tändeln“ — Herumtumeln — und soll davon herkommen!

Die Theologen dachten von jeher gar grob über das Tanzen; sie meinten: „Tanzen ist eine Erfindung des Teufels“ oder „Tanzen ist Sünde“ oder „Tanzen ist ein fauler Baum“; ja sogar Sebastian Brant meint darüber:

Vnd ich kann merken vnd betracht,
Dass es der tüfel hot vff bracht,
Do er das gulden kalb erdacht
Vnd schluff, dass gott wart ganz veracht.

Es hat eben Alles seine Feindsseite, und Ausschreitungen sind stets auch im Tanzen vorgekommen. Die besten Tänzer der modernen Kulturrepoche sind die Franzosen, und dieses Talent tragen sie seit Langem im Blute; denn Tacitus schon ließ die Gallier nicht den Rhein überschreiten, sondern er berichtet in der ihm eigenthümlichen bezeichnenden Redeweise: sie „tanzen“ über den Rhein. Wie sehr die Menschheit auch im lieben deutschen Vaterlande stets am Tanzen hing, bezeugt eine Menge Sprichwörter, deren landläufigstes viel zu oft in der gewöhnlichen Umgangssprache vorkommt, als daß ich sie hier aufwärmen sollte, von denen ich aber einige weniger bekannte mittheilen will, weil sie als Beiträge zur „Philosophie des Tanzes“ bezeichnet werden könnten; sie lauten: „Es gehört mehr zum Tanzen als rothe Schuhe“, „Es ist kein Kinderspiel, wenn ein altes Weib tanzt“, „Tanz und Galopp ist des Teufels Feiertag“ und „Auf Eiern tanzen und mit Weibern umgehn, muß gelernt werden sieben Jahr und einen Tag“. Die Griechen forderten als Merkmale des schönen Tanzens Raschheit der Bewegungen bei Anmut und Liebenswürdigkeit, und von der Fanny Elsler der alten Welt, der schönen Empusa, rühmen die feinsinnigsten Kenner, daß sie trotz aller Lebhaftigkeit die Eurythmie niemals außer Acht gelassen.

Spanien.

Madrid, 25. Jan. Der Bericht der Kommission über das Gesetz wegen Abschaffung der Sklaverei auf Portorico ist vollendet. Der Entwurf autorisiert eine Emission von 30 Millionen Pesetas (Tres.) zur Entschädigung der Sklavenbesitzer. Die vollständige Abschaffung der Sklaverei wird 4 Monate nach Veröffentlichung des Gesetzes in der madrider amtlichen Zeitung vollzogen sein. Der Entwurf etabliert vollständige Arbeitsfreiheit. Es ist ein Amendement vorbereitet, welches den Entwurf der Kommission im liberalen Sinne zu erweitern beabsichtigt. — Klerikale Blätter wollen von einer Unterredung des Königs mit Ruiz Borilla wissen, worin letzterer herbe Worte über die Langsamkeit in der Unterdrückung des Karlisten-Aufstandes habe hören müssen. Borilla habe Alles aufgeboten, den König zu beruhigen, was ihm jedoch nicht gelungen sei. Die Klerikalen erwarten natürlich, daß dieser Vorfall von unberechenbarem Nachtheile für die radikale Partei sein würde. Inzwischen trifft wenigstens eine tröstliche Nachricht ein: daß die Bande Kasarte in der Provinz Guipuzcoa vollständig geschlagen und gesprengt worden sei. Auch künftig General Moriones an, daß er in den baskischen Provinzen und Navarra binnen kürzester Frist die Ruhe hergestellt haben werde. Das wäre sehr zu wünschen. In Malaga und Umgegend werden jetzt Werbungen für die Karlisten vorgenommen; der Mekut erhält ein Handgeld von 500 Realen, wobei ihm ein täglicher Sold von 8 Realen versprochen wird. Die Leute, welche dummi genug sind, auf die Verlockung einzugehen, werden nach Katalonien befördert. Es scheint also, daß die Behörden sehr schlecht aufpassen; wahrscheinlich aber sind die geheimen Werbungen gar nicht so bedeutend, wie die Blätter sie machen.

Rußland und Polen.

Warschau, 28. Januar. Die päpstliche Weihnahts-Allokution, die in Preußen so viel Rumor gemacht hat, ist auch von russischen Blättern vielfach in Leitartikeln besprochen worden. In dem sämtlichen Blätter, die dieser päpstlichen Kundgebung ihre Aufmerksamkeit zuwenden, mit Befriedigung hervorgehoben, daß der Papst auch nicht ein einziges Wort des Tadels gegen Russland gefunden habe, ziehen einige derselben aus diesem Umstande die Schlussfolgerung, daß Russland das toleranteste Land der Welt sei, andere nehmen entschieden für die deutsche Regierung Partei und muntern dieselbe auf zu noch entschiedenerem Vorgehen gegen die Annäherungen der römischen Hierarchie, die den ihrer Ausbeutung preisgegebenen Völkern das „Mar“ aussaugt und alle Staaten, die sie ungehindert beherrchte, moralisch und politisch vollständig korrumpt habe. Zu den russischen Blättern, welche sich gegen die päpstliche Allokution erklären und die Unmehrheit der römischen Hierarchie entschieden verdammen, gehören namentlich die „Peterb. Wied.“, die der preußischen Politik in der katholischen Angelegenheit ihren ganzen Beifall zollen. Die römische Kurie scheint sich durch die Auslassungen und Schlussfolgerungen der russischen Blätter sehr unangenehm berührt zu fühlen und die Schonung, die sie Russland in der päpstlichen Allokution hat angedeihen lassen, zu bedauern. Sie hat nämlich das Bedürfnis gefühlt, sich wegen dieser Schonung vor der katholischen Welt nachträglich zu ent-

suldigen, und hat in ihrem vertraulichen Organ „Correspondance de Genève“ als Entschuldigungsgrund angeführt, daß sie es im Interesse der russischen Katholiken für nothwendig halte, die russische Regierung durch öffentlichen Tadel nicht zu noch größeren Gewaltthaten zu reizen. Dieser Entschuldigungsgrund steht mit den Maximen der römischen Kurie durchaus nicht im Einklang und man sieht ihm an, daß er nur bestimmt ist, die Verlegenheit derselben zu verdecken. — Wie der „Golos“ erfährt, ist die russische Regierung jetzt fest entschlossen, das schon seit längerer Zeit gehegte Projekt der russischen Kolonisation des Königreichs Polen zur Ausführung zu bringen. Zu diesem Zwecke sollen zunächst nicht blos die noch vorhandenen polnischen Staatsgüter parzellirt und an russische Kolonisten vergeben, sondern auch sämtliche Eisenbahn- und Chaussee-Wärterbuden mit Russen besetzt werden.

Türkei und Donaufürstenthüme.

Rustschuk, 22. Januar. Aus allen Theilen der Provinz treffen Nachrichten ein, daß am selben Tage und zur nämlichen Stunde wie in Rustschuk verschiedene Demonstrationen gegen die Griechen stattgefunden haben. Besonders hervorgeholt haben sich die Bulgaren in Schumla, wo sie das Haus eines einen griechischen Priester beherbergenden Arztes überfielen und zu Thätlichkeit geschritten waren, wenn der Muschir (Marschall) Abdul Kerim Pascha nicht zeitig genug die Sache erfahren und das Bubenstück im Neime erstickt hätte. In Plevna, Sistow, Kasgrad u. s. w., wo sich keine griechischen Kapellen befinden und wo überhaupt Griechen sehr häufig wohnen,rotteten sich die Bulgaren vor den Wohnungen der Kaimakams (Ortsvorsteher) zusammen und protestierten sehr ungeberdig gegen die Eröffnung der Rustschuler Kirche; es ist dies der erste Schritt, die Kirchenfrage als Mittel zur Auflehnung gegen die türkische Behörde zu benützen. Aus alledem geht hervor, daß trotz der so oft berührten Kommission in Sophia das Revolutions-Komite seine Operationen ziemlich geschickt leitet und kein Mittel scheut, um der Regierung Verlegenheiten zu bereiten. Den hiesigen Griechen wurde die Kirche, über deren Schließung wir vor einigen Tagen berichtet haben, endgültig freigegeben, eine Deputation stellte jedoch dem General-Gouverneur ihren Dank ab, mit dem Bemerken, einstweilen freiwillig darauf verzichten zu wollen, bis sowol der noch immer nicht eingetroffene bulgarische Metropolit zurückgekehrt sei, als auch die von Konstantinopel in Aussicht gestellte Untersuchungs-Kommission die Hauptstädter unschädlich gemacht haben wird. Die Erbitterung zwischen beiden Parteien ist natürlich sehr groß; aus Tultscha, Barna und Giurgevo kommen viele griechische Individuen zweifelhaften Kalibers an, welche nur auf den gegebenen Moment warten, um im Triuben fischen zu können. Der Pascha ist endlich auch zur Einsicht gekommen, daß Vorsicht noththue, und hat alle öffentlichen Vergnügungen und Maskenbälle verboten.

Parlamentarische Nachrichten.

DRC. Noch in keiner Session des preuß. Landtags ist eine Vorlage von so weittragender Bedeutung seitens der Staatsregierung vorgelegt worden, als die, betreffend die Aufnahme einer Anleihe von (Fortsetzung in der Beilage.)

zu den königlichen Bühnen sich wieder in einem legalen Verhältniß zu befinden.

Mit Bezug auf die Nachricht des „B. B. C.“ von der bereits erfolgten Scheidung der Frau Lucca und des Baron v. Rhade kann das „Fröhl.“ aus bester Quelle mittheilen, daß dieselbe nicht vor Mitte dieses Jahres möglich sein wird, jedenfalls nicht vor der Rückkehr der Frau Lucca. Ebenso unwahr ist das Gericht von der Verlobung des Baron v. Rhade mit Fr. Grossi. Letztere Dame, eng befreundet mit der freundshaftlichen Verlehrts mit Ersterem und mag dadurch das Geschäft entstanden sein.

Ehreng. Dame litt seit längerer Zeit an furchterlichen Kopfschmerzen, die durchaus der ärztlichen Kunst nicht weichen wollten. Endlich stellte sich heraus, daß dieselben durch Einbringen von Brillantsaub, dessen sich die Dame zu bedienen pflegte, in die Kopfhaut entstanden waren. Danach scheint es, daß man mit dem pulverisierten Glase etwas sorgsam umgehen muß.

Hiesige Studirende ziehen wegen Mangels an billigen möblierten Stuben nach den nächsten Umgebungen. So sind in Lichtenfelde eine Anzahl möblierter Stuben bezogen und die Anhaltische Eisenbahn hat nach der „Post“ den Miethern ein Abonnement für 6 Thlr. pro Semester eröffnet. Die Fahrt mit allen Bürgen kostet also den Tag 6 Pfennige.

Die in den Reitclub „Silberner Sporn“ vereinigten Liebhaber der edlen Reitkunst hatten am Sonntag Abend unter Leitung des tgl. Universitätsstallmeisters Hildebrandt in dessen Reitbahn ein großes Reiterfest veranstaltet, welches sich diesmal durch ganz besondere Pracht des Arrangements und der Kostüme, sowie ein mannigfaltiges interessantes Programm auszeichnete. Dasselbe begann unter den Klängen der Musik mit dem von zwei Herolden in alddeutscher Tracht eröffneten Einzuge sämtlicher Reiter, an den sich ein großes Tourenreiten schloß. Hierauf folgte ein Karussell- und Turnierrodeln, ausgeführt von acht theils in alddeutsches, theils in polnisches Kostüm gekleideten Herren, von denen jede Partei zuerst für sich allein, und dann zusammen ihre Kunst im Ringstechen und im Treffen der vielen auf dem Boden und Postamenten aufgestellten Türkentröpfen mit Degen und Lanze verlor. Hieran schloß sich ein Kampf der Reiter untereinander und endlich ein großer Umzug derselben. Sämtliche Leistungen, namentlich aber die in dem Karussell- und Turnierreiten, waren elegant und sicher und in ihrer Gesamtheit sogar überraschend.

Auf dem Opernplatz soll nach der „A. H. Stb. Bta.“ am Donnerstag Abend ein Raub anfall verübt sein, der indessen so mysteriös klingt, daß die Kriminalpolizei, welche gegenwärtig mit der Feststellung des Thatbestandes beschäftigt ist, noch an der Richtigkeit der Angaben der angeblich Beraubten zweifelt. Gegen 11 Uhr Abends fanden nämlich Vorübergehende auf dem gedachten Platz eine junge Dame bemühtlos an der Erde liegend. Nachdem sie durch einen herbeigerufenen Arzt wieder zur Bewußtsein gebracht war, gab sie an, daß sie eine an gehende Schauspielerin, Namens W., sei und Brunnenstraße 139 wohne. Am gedachten Tage, so erzählte sie weiter habe sie die Bekanntschaft einer Frau Baronin von Frieden gemacht, die angegeben habe, daß sie sich für Kunst und Wissenschaft sehr interessire. Auf ihre Aufforderung sei sie mit nach dem Circus Renz gefahren und habe im Laufe der Unterhaltung das Versprechen empfangen, daß zu ihrer weiteren Ausbildung notwendiges Geld zu erhalten. In der Leipzigerstraße, wo das Hotel der angeblichen Baronin sich befindet, habe sie alsdann vor der Tür des Hotels von derselben 500 Thlr. bekommen. Nachdem sie sich getrennt hatten, seien zwei Herren, ein blonder und ein brünett, beide gut gekleidet, an sie herangetreten und hätten ihr ihre Begleitung angeboten, die sie jedoch abgelehnt habe. Auf dem Opernplatz seien ihr daraus beide Männer wieder entgegentreten, der eine habe ihr ein Tuch auf den Mund gedrückt, während der andere sie von hinten gefasst habe, worauf sie bewußtlos hingefunken sei. Was weiter mit ihr geschehen sei, wisse sie nicht. Daß es auf eine Verabredung abgesehen gewesen sei, gehé daraus hervor, daß die 500 Thlr. sowie ihre beiden Ohrringe mit Brillanten und ein Ring mit einem Rubin und 15 Brillanten verschwunden seien. Tatsächlich ist von alle dem bis jetzt nur festgestellt, daß die betreffende junge, erst 16½ Jahr alte Dame zur Zeit bedenklich erkrankt ist.

Aus Berlin.

Über Frau Pauline Lucca schreibt der „Bühn. Mon.“, welcher mit der Sängerin in Korrespondenz steht, Folgendes: Die kontraktlich stipulierte Konventionalstrafe beträgt 8000 Thaler; da nun aber Frau Lucca für die letzten zwei Monate, in welchen sie noch im Verbande der königlichen Theater war, keine Gage erhalten hatte, so hielt die General-Intendantz es für angemessen, ihr den Betrag in Abzug zu bringen, wodurch die zu erlegenden Summe sich auf 6700 Thlr. reduzierte. Folgern nun einige Zeitungen aus der Erlegung der Konventionalstrafe von Seiten der Frau Lucca die Absicht derselben, sich dadurch die Kartellbühnen wieder zu öffnen, so ist dieses eine irrite Meinung. Frau Lucca, welche entflohen ist, nach zwei Saisons sich gänzlich von der Bühne zurückzuziehen, erlegte die Konventionalstrafe nur, um

reien, deinen Besitzer sich zu gemeinsamen Auftreten bei jeder solchen Eventualität verbunden haben, arbeiten im Ganzen etwas über 900 Gehilfen, davon hat heut ca. ½ die Arbeit eingestellt. Es sind das solche, die dem sog. Buchdrucker-Verbande angehören, d. h. der Vereinigung, die für Lohnerhöhung agitiert. Die Herren ihrerseits haben den von dieser Vereinigung geforderten Tarif abgelehnt, weil sie ihrerseits nur im Einvernehmen mit dem im vor. Jahre gegründeten deutschen Gesamtverein der Prinzipale handeln könnten, haben jedoch das feste Versprechen gegeben, die Verhandlungen jenes Gesamtvereins wegen einer allgemeinen Aufbesserung der Löhne, die im Gange sind, nach Möglichkeit zu beschleunigen. Die vereinigten Prinzipale haben sich unter einander verpflichtet, bei jedem Strike sofort alle dem Agitationsverbande angehörigen Arbeiter, auch wenn sie nicht selbst kündigen sollten, zu entlassen. Die verschiedenen Druckereien werden übrigens von dem Strike nicht in gleichem Maße berührt. So hört die „Span. Ztg.“, daß in der großen Offizin F. A. Brockhaus nur etwa ½ der Arbeiter strikt, während in andern über die Hälfte feiert. Man hofft, daß durch das Zusammenhalten der Prinzipale durch ebensoviel festes als gemäßigtes Auftreten, gegen zuweit gehende Forderungen der diesmalige Strike nicht die Ausdehnung und Dauer haben wird, wie der vor mehreren Jahren hier stattgefunden.

Aus Baiern. 26. Januar. Der oberste Gerichtshof hat dieser Laage ein für die Presse wichtiges Urtheil gefällt und hierdurch die Befürchtungen zerstreut, daß sich in Baiern ein Verfahren einbürgern könnte, daß lebhaft an die der Konfliktszeit in Preußen beliebte Maßregelung des Verlegers Hagen in Insterburg erinnert. Der Redakteur eines Augsburger Lokalblattes hatte sich nämlich geweigert, der gerichtlichen Aufforderung zur Namensnennung des Verfassers eines Artikels nachzukommen und wurde in Folge dieser Weigerung zu einer Geldstrafe von 20 Thlr. event. 8 Tagen Arrest verurtheilt. Nach Berwerfung der gegen dieses Urtheil eingelegten Berufung wurde von Seiten des Redakteurs die auferlegte Geldstrafe bezahlt. Mit dem Erlaß der Geldstrafe sollte jedoch die Sache noch nicht abgethan sein. Dem betreffenden Redakteur kam nämlich nach einiger Zeit wieder die Bestrafung zu, entweder den Verfasser des Artikels zu nennen, oder weitere Strafverfügungen, die sich bis zur Freiheitsstrafe steigern können, gewäßrig zu sein. Da wiederum die Nennung des Verfassers nicht erfolgte, wurde eine zweite Berurtheilung des Redakteurs zu einer Geldstrafe von 20 Thlr. defretiert. Die zweite Instanz bestätigte das Strafurteil, aber der oberste Gerichtshof erkannte auf Berichtigung derselben. — Das Bucherische Preßunternehmen darf bereits als gescheitert betrachtet werden. Durch seine Verbindung mit dem „Volksfreund“ hat sich Herr Bucher die Kreise der ultramontanen Aristokratie, wie des höheren Clerus abspäntig gemacht und auch der Pfarrer Lukas will publizistisch mit der Sache nichts mehr zu thun haben.

Frankreich.

Der Bericht der Genieverwaltung über die neuen Befestigungen um Paris ist den Herren Ministern des Krieges und der öffentlichen Arbeiten übergeben worden. Um die Hauptstadt wird ein System detachirter Forts angelegt werden. Diese Forts werden höchstens 25 Kilometer von einander entfernt liegen und durch Eisenbahnen unter einander wie mit Paris verbunden werden. Diese Eisenbahn wird in der Nähe der Forts unterirdisch werden. Schließlich werden zwischen den jetzt bestehenden Fortifikationen mehrere befestigte Lager errichtet.

Es ist eben auch gar nicht gleichgültig, „wie“ jemand tanzt; im Gegenteil, die Art, wie man sich nach dem Takte bewegt, ist nicht weniger „Seelenverräther“ als der Styl; diese Wahrheit wird schon dadurch klar, daß jede Nation ihre eigenthümlichen Tanzweisen hat es prüfe, wer sich ewig bindet, wie ein Mädchen sich um ihre eigene Axe dreht, und er wird auch erkennen, ob das Herz sich zum Herzen findet.

„Zardass“ und „Mazurka“, „Tarantella“ und „Cancan“ sind ethnographisch logische Erscheinungen. Als Lola Montez in Sidney zum erstenmal den von ihr ausgesponnenen Spinnentanz dem Publikum vorführte, sagte ein dortiger Reporter mit Recht: Nur diese Frau konnte diesen Tanz erfinden.

Warum ich alle diese Details erzählte? Weil eben jetzt die Zeit wieder gekommen, da man sich offiziell „austanzt“, und weil ich allen unseren Schönen — zahllos wie der Sand am Meere — die Hochwichtigkeit dieser rhythmischen Bewegungen recht deutlich vor die Augen führen wollte, mahnend, daß die Sprache der Beine und Arme ebenso wie die Seelengeheimnisse ausplaudert, wie jene der Augen, und weil ich unsere jungen Leute von dem Wahne heilen wollte, als sei das „Tanzen“ ein Vergnügen, das nur für Hohlköpfe passt. Freilich möchte ich, obgleich Sokrates noch als Greis getanzt, unseren Männern mit den unfreiwilligen Tonsuren und jenen Hüften, welche die famose Theresa so sehr verhorresirt, doch den Rath geben, in diesem Falle den Lehren der Weisen nicht öffentlich nachzuleben, heimlich mögen sie immerhin das Tanzen als Leibesübung betreiben. Denn „wenn alte Männer tanzen, wird viel Staub aufgewirbelt“, sagte man im Mittelalter, und Albrecht Dürer und Ostade haben das Hobnischen, das solch verächtliche Frühlingslaune jedesmal hervorzuufen pflegt, in Zeichnung und Farbe auf das lustigste festgehalten für alle Zeiten.

Es tanze übrigens, wen das Herz dazu drängt; denn wenn die Frage berechtigt ist: „Was wäre die Welt ohne Liebe?“ so kann man gar nicht daran denken, was viele Liebende ohne Tanz beginnen würden. Lebte Schopenhauer noch, er würde mir gewiß Recht geben, seine eigentliche Meinung darf ich aber gar nicht anführen, er spricht sie zu sehr — geradezu aus! (Neue fr. Presse.)

Cirkus Salamoński.

Das Auge ist der begehrlichste Sinn, nicht so eindringlich und innerlich wie das Ohr, nicht so wählerisch wie der Geschmack, aber unermüdlich, voller Kapazität und genügsam. Der Reiz der Feuerwerke, des Balletts, des gesärmten Himmels, der Farbenspiele und Nebelbilder, des Schattenspiels, des Vogelzugs, des Wellentanzes und hundert anderer Phänomene hängt von dieser Volatilität des Sinnes ab, welchem der Appetit mit dem Essen kommt, wie der Franzose sprichwörtlich sagt. Auch Herr Salamoński versteht sich auf die Natur des Auges, wenn er in der vorgestrittenen „Parforce-Beschreibung“ ein Bild unmittelbar an das andre reicht. Klein und Groß, Pferde und Hunde, Clowns und elegante Reiterinnen, schöne und kräftige Männergestalten und edle Hände, der Schultritt und der große Giraffenanz, zwei Herkulese und der plumpse Bauer auf ellenlangen Holzschuhen — alles dies und mehr gaukelt vor unseren Blicken in flüchtigem Tanz vorüber, daß wir kaum Zeit gewinnen, es vollständig zu erfassen und zu verstehen. „O weile doch,“ ruft man dem Augenblick zu, „Du bist schön!“ Das gefällige amphitheatralische Rund, die glänzende Belieuchtung und der fröhliche Menschenkreis müssen denselben Zweck dienen, und damit auch das Ohr nicht müßig bleibt, erfreuen uns ein tüchtiges Orchester oder ein exaktes burleskes Glockenspiel oder zwei musikalische Clowns, welche ein Violinduetto und allerhand Purzelbäume, Kopfüber und Kopfunter in ein hochkomisches Ensemble zu verschmelzen

Tagesübersicht.

Posen, 30. Januar.

Heute beginnt im Abgeordnetenhaus die erste Berathung der durch die kirchenpolitischen Gesetzwürfe angeregten Amendments zu den Artikeln 15 und 18 der Verfassungsurkunde. Die "Prov.-Korr." nimmt an, daß die zweite Beschlußnahme, welche erst nach einer Frist von 21 Tagen eintreten kann, gegen Ende Februar erfolgt sein werde und daß die kirchlichen Gesetze selbst im Abgeordnetenhaus bis zur zweiten Woche des März, wo vermutlich die Session des Reichstages beginnen wird, festgestellt werden.

Die "Provinzial-Korrespondenz" bespricht die jüngsten Erklärungen des Fürsten Bismarck im Abgeordnetenhaus in einem längeren Artikel, der nach einem Resümé des Inhaltes desselben zu folgenden Schlussfolgerungen gelangt:

"Wenn die Erklärungen des Fürsten Bismarck über die jüngsten preußischen Ereignisse die Bedeutung eines endgültigen Abschlusses der bezüglichen Erörterungen haben, so ist dagegen durch seine An deutungen über die weitere Entwicklung der obersten Reichseinrichtungen ein Ausgangspunkt für wichtige neue Gestaltungen zu erkennen.

Die bisherigen Institutionen der Reichsregierung sind aus dem früheren norddeutschen Bunde unverändert in das deutsche Reich herübergekommen worden und haben sich in ihrer wesentlichen praktischen Richtung und Gestaltung zunächst auch auf dem erweiterten Gebiete des Reiches bewährt. Sie bedeutender und umfassender aber die selbstständigen Aufgaben des Reiches geworden sind, desto weniger kann die ursprüngliche Verbindung des Amtes des Reichskanzlers mit der oberen Leitung der gesammten preußischen Verwaltung aufrecht erhalten werden. Wenn in den Anfängen des norddeutschen Bundes die unmittelbare Anlehnung an die preußischen Einrichtungen eine Notwendigkeit war, so hat inzwischen das politische Leben in der erweiterten nationalen Gemeinschaft eine selbstständige Kraft und Bedeutung gewonnen, welche auch in den Einrichtungen des Reiches zum Ausdruck gelangen muß. Nicht daß die Politik des Reiches losgelöst werden sollte, von demnigen Zusammenhängen mit der preußischen Entwicklung; Fürst Bismarck betont vielmehr mit der größten Entschiedenheit, daß die inneren Bänder, welche die beiden Organisationen aneinander befestigen, viel stärker seien, als man hier und da annimmt, viel stärker zugleich, als daß es des bisherigen äußerlichen Bandes zwischen dem Reichskanzler und dem preußischen Minister Präsidium unbedingt bedürfe. Die Einheit der Interessen Preußens und des Reiches liege in der Einheit des deutschen Kaisers mit dem Kaiser von Preußen; — sie liege darin, daß der Reichskanzler ein Mann des höchsten Vertrauens des Kaisers sein müsse, und daß der Kaiser und König nicht seinem Kanzler einerseits und seinem preußischen Ministerium andererseits eine entgegengesetzte und widersprechende Politik gestalten werde. Unter allen Umständen werde auch im preußischen Ministerium stets ein Mitglied sein müssen, dessen Aufgabe in der Wahrnehmung des Zusammenhangs mit dem Reich besteht; — aber die Verbindung durch einen gemeinsamen Präsidenten habe nur der Anfang sein können, auf die Dauer sei dieselbe nicht durchführbar, weil keine Kraft der doppelten Aufgabe gewachsen sei.

Fürst Bismarck hat keine Gedanken über die weitere Entwicklung zunächst nur in allgemeinen Zügen, soweit es zur Rechtsfertigung seines jüngsten Entschlusses nötig erschien, zugleich aber mit solcher Klarheit und Bestimmtheit hingestellt, daß dieselben unfehlbar den Ausgangspunkt neuer Erwägungs- und Gestaltungen innerhalb der Reichsverwaltung bilden werden. Insofern wird der jüngste Wechsel im preußischen Minister-Präsidium, voraussichtlich eine bedeutende Nachwirkung in der Entwicklung der Reichsangelegenheiten haben."

Die nächste Reichstagssession dürfte uns dann noch wohl noch manche Überraschungen bringen.

In Wien hat es einige Verstimmung hervorgerufen, daß der Wahlreform-Entwurf immer noch nicht dem Reichsrath vorgelegt worden ist. An Beruhigungsversuchen läßt es die offiziöse Presse nicht fehlen. Auf der anderen Seite aber suchen die Föderalisten zwischen im Trüben zu fischen und so viel steht fest, daß bis jetzt der Kaiser den Entwurf noch nicht unterzeichnet hat. — Die neuesten Nachrichten aus Paris stellen wieder eine Verständigung zwischen Thiers und der Dreißiger-Kommission in nahe Aussicht. Letztere soll das Prinzip einer zweiten Kammer und die Inbetachtnahme des Einmischungsrechts der Präsidenten in Interpellationsfragen akzeptiert haben. Allerdings ist von diesen Inbetachtnahmen noch weit zum wirklichen Inkrafttreten dieser Wünsche und Vorschläge. Ohnedies ist damit noch nicht entschieden, von welcher Art die zu errichtende zweite Kammer sein soll. Die Royalisten nehmen dieselbe an, wenn sie eine bloße Folie der Nationalversammlung zu bilden bestimmt ist. Herr Thiers aber will sich mit derselben eine neue Arena für seine rhetorischen Bedürfnisse schaffen, da er in der Nationalversammlung nur noch in Ausnahmefällen sprechen soll. Man sieht, alles Unglück des letzten Krieges hat den Gemüthern in Frankreich noch keinen rechten Ernst einzuflößen vermocht. Sie fröhnen blos ihren persönlichen Launen und Liebhabereien und spielen mit den ernstesten Dingen, bis vielleicht neue Katastrophen sie neuem und noch größerem Unglück entgegenführen!

Auch in Rom arbeitet die Staatsmaschine träge genug. Zwei Monate und mehr sind vergangen, seit der Minister-Präsident den Gesetzentwurf über die Aufhebung der religiösen Orden der Kammer vorgelegt hat, und erst vor wenigen Tagen hat die Kommission sich über ihre Haltung dem zweiten Paragraphen gegenüber entschieden können. Wann sie ihre Arbeit beenden wird, ist bei solcher Langsamkeit schwer abzusehen; jedoch hofft man, daß dies bis gegen die Mitte des kommenden Monats geschehen sein wird, indem sonst durch die unvermeidliche Unterbrechung, die der Karneval bringt, und durch die Osterferien das Zustandekommen des Gesetzes im Laufe dieser Session allerdings sehr in Frage gestellt sein würde.

Wie das "Journal de Florence" meldet, hat der Papst ein Birkular an die Bischöfe gerichtet, in dem er sie auffordert, die Gläubigen zu ermahnen, zu dem Napoleon-Denkmal nicht beizusteuern, weil der Ex-Kaiser es habe geschehen lassen, daß man ihm (dem Papste) mehrere Provinzen geraubt, und weil durch ihn die italienische Einigkeit zu Stande gekommen sei.

Das Dunkel, das noch immer über den Unterhandlungen zwischen den Kabinetten von London und Petersburg betrifft, fängt nachgerade an, sich ein wenig zu lichten. Auf alle Fälle scheint die britische Regierung zu einer Entscheidung gelangt zu sein, denn, wie es heißt, ist Herr Mitchell, der englische Legations-Sekretär in Petersburg, der am Freitag auf seinen Posten zurückkehrte, der Träger wichtiger Depeschen der englischen Regierung an die russische Regierung betrifft der mittelasiatischen Frage. Wie der Berliner Korrespondent der "Daily News" erfährt, hatte General Kaufmann seine Abreise nach Turkestan bis zur Rückkehr des Grafen Schuvaloff aus England verschoben. Am Mittwoch fand in Petersburg ein Kabinett-Konsil statt, dem beide genannte Persönlichkeiten bewohnten, und am folgenden Tage beabsichtigte General Kaufmann, sich auf seinen Posten zu begeben. — Wenn die Telegramme aus Indien, nach welchen die beiden zu den Russen geslohenen afghan-

nischen Präsidenten, Abdul Rahman und Mahomed Isa, zwei Städte im Norden des oberen Orus genommen haben, sich bestätigen sollten, so würde England darin eine Gefahr für Badakshan sehen, dessen Besetzung es als eine Vergewaltigung des Emirs von Afghanistan betrachtet. Die mittelasiatische Affäre scheint mehr und mehr dem Verlauf entgegenzugehen, den wir ihr von vornherein prognostizirt haben, d. h. den Verlauf im afghanischen Steppenlande. Die Tataren-Nachrichten, die darüber gesetzt worden sind, waren von ächter Rasse. John Bull hat sich dabei eine gute Emotion gemacht und sich in eine gewisse imposante Positur hineingeschwungen, die ihm selbst sicher große Genugtuung und der Welt keine Schmerzen bereiten wird. Die projektierte Zusammenkunft der Kaiser von Deutschland, Russland, Österreich, des Prinzen von Wales und des Schahs von Persien auf der Wiener Weltausstellung wird alles Uebrige in Ordnung bringen! So wird die Welt auf sie bestimmt sein, auch zur Erhaltung des Weltfriedens das Ihrige beizutragen!

Aus Aserdien in Egypten erhält der "Ung. Lloyd" folgende Mitteilungen über die Erfolge der egyptisch-abysmischen Expedition: Die Unterwerfung des gesamten Vogelalandes mit seiner Hauptstadt Wasentet ist eine vollbrachte Thatache. Die egyptische Expedition hat diese wichtige Erwerbung ohne Schwertstreich vollendet und ist dadurch einmal mit den Barka- und Wahstämmen, dann in südöstlicher Richtung mit den mohamedanischen Stämmen von Beni Amer in Verbindung getreten, mit welchen auch Unterhandlungen bezüglich des Anschlusses angeknüpft worden sind. Weder das Christenthum noch der Muhamedanismus haben dem kühnen Vordringen Munzinger Bey's, das die Grenzen Egyptens ungefähr bis zum 15 Gr. n. Br. ausdehnt, irgend welchen Widerstand entgegengesetzt und die Machtverhältnisse Egyptens sind in diesen Gegenden ungleich schärfer zum Ausdruck gelangt, als in Aethiopien und Audwa, deren christlicher König Johann seit einiger Zeit auch den diplomatischen Feldzug gegen den Khedive eröffnet hat. Die Expedition, mit Bergkanonen und Mitraillesen ausgestattet, hält sich übrigens für stark genug, auch eine eventuelle Schilderhebung der Tigra-Stämme niederzuhalten, und bisher wenigstens hat sich der Mangel an Kommunikationen noch nicht als ein ernstes Hindernis ihres Vordringens herausgestellt.

Für das auf dieser Seite Folgende übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortlichkeit.

Hilfe gefunden bei langwierigen Brustkrankheiten.

Dresden, den 7. Januar 1873. Durch langwierige Brustkrankheit jahrelang an das Bett gefesselt, bot ich Alles auf, um meiner Natur zur Hilfe zu kommen, jedoch war es vergebens, bis ich auf Anrathen eines Bekannten auf Ihr Malz-Extrakt aufmerksam gemacht wurde und habe ich wirklich nach Gebrauch von circa 16 Flaschen wahr und wahrhaftig Erleichterung gefunden, was ich gern der Wahrheit gemäß hiermit bezeichne. Max Kukorsky, kleine Ziegelstraße 1.

An den Kgl. Hoflieferanten Herrn Johann Hoff, Berlin.

Verkaufsstellen in Posen: General-Depot und Haupt-Niederlage bei Gehr. Plessner, Markt 91; Frenzel & Co., Breitauerstraße 38 und Wilhelmstraße 6; in Neutrebbel Herr A. Hoffbauer; in Bentschen Herr H. Mansard; A. Jaeger, Konditor in Grätz; in Schrimm die Herren Casriel &c; in Schröda Herr Fischer Baum; in Wongrowitz Herr Herrn Ziegol; in Gleschen: L. Zboralski.

Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin und ohne Kosten.

„Revalessière Du Barry von London.“

Allen Leidenden Gesundheit durch die delikate Revalessière du Barry welche sich ohne Anwendung von Medicin und ohne Kosten bei den nachfolgenden Krankheiten bewährt: Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüs-, Schleimhaut-, Athem-, Blasen- und Nierenleiden, Tuberkulose, Schwindsucht, Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Diarrhoe, Schlaflosigkeit, Schwäche, Hämorrhoiden, Wasserjucht, Fieber, Schwindel, Blutaufsteigen, Ohrenbrauen, Nabel- und Erbrechen selbst während der Schwangerschaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Gicht, Bleichfucht. Auszug aus 72.000 Certifikaten über Genehmigungen, die aller Medicin widerstanden.

Certificat Nr. 48.421.

Neustadt, Ungarn.

Seit mehreren Jahren schon war meine Verdauung stets gestört, ich hatte mit Magenübeln und Verschleimung zu kämpfen. Von diesen Lebeln bin ich nun seit dem vierzehntägigen Genuss der Revalessière befreit.

J. E. Sterner, Lehrer an der Volksschule.

Gosen in Steiermark, Post Birkfeld, 19. November 1870.

Hochgeehrtester Herr! Mit Vergnügen und pflichtgemäß bestätige ich die günstige Wirkung der Revalessière, wie sie von vielen Seiten bekannt gemacht worden ist. Dieses vortreffliche Mittel hat mich von entzündlichen Athembeschwerden, beschwerlichem Husten, Blähblässe und Magenkrämpfen, woran ich lange Jahre gelitten habe, ganz vollständig befreit.

Binzenz Steininger, pensionierter Pfarrer.

Nahrhafter als Fleisch, erspart die Revalessière bei Erwachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis in Arzneien.

Im Blechbüchsen von 1/2 Pf. 18 Sgr., 1 Pfund 1 Thlr. 5 Sgr.,

2 Pfund 1 Thlr. 27 Sgr., 5 Pf. 4 Thlr. 20 Sgr., 12 Pfund 9 Thlr.

15 Thlr., 24 Pfund 18. Thlr. — Revalessière chocolates in Pulver

und Tabletten für 12 Tassen 18 Sgr., 24 Tassen 1 Thlr. 5 Sgr.,

48 Tassen 1 Thlr. 27 Sgr. Revalessière-Biskuiten in Büchsen à 1 Thlr.

5 Sgr. und 1 Thlr 27 Sgr. — Zu beziehen durch Barry du Barry

& Co. in Berlin, 178 Friedrichstraße; in Posen Rothe Apotheke

A. Buhl, Krug & Fabritius, A. Fromm, Jacob Schlesinger

Söhne, in Polnisch-Lissa bei S. A. Scholz, in Bromberg bei

Hirschberg, Firma: Jul. Schottländer, in Graudenz bei

Fris Engel, Apotheker, in Breslau bei S. G. Schwarzb., und in allen Städten bei guten Apothekern, Droguen-, Spezerei- und Delikatessenhändlern.

Bon Bremen nach Newyork wird am Donnerstag den 27. März 1873, zu einer eßbarer Schrauben und Löffel E. Schmidt, Görl. A. Dannemann, Passagier-Preise et. seq. wie folgt Belohnung: 1 G. für C. Thlr. 90 II G. für C. Thlr. 50 Zwischendeck C. Thlr. 45 für die erwachsene Person, at de unter 10 Jahren die Hälfte, Säuglinge C. Thlr. 3.

Bremer Dampfschiffahrts-Gesellschaft.

Der Vorstand:

Siedenburg, Wendt & Co. in Bremen.

Die nächstfolgende Expedition findet Ende Mai statt.

Lissa.

ULLMAN - CONCERT.

Freitag, den 7. Februar um 7 Uhr

in der Aula des Gymnasiums zu Lissa.

Es wird nur ein Concert gegeben.

Marie Monbelli — Anna Regan,

Signor Tagliafico,

Fräulein A. von Sograff, Pianistin aus St. Petersburg,

Camillo Sivori und J. de Swert.

Billetverkauf täglich in der Buchhandlung
des Herrn Friedrich Ebbecke in Lissa, wo auch vollständige
Programme zu haben sind.

Preise der Plätze: Nummerirte Sitze im Saale
a 1 1/2 Thlr. und 1 Thlr., Stehplätze a 15 Sgr.

In unserem Verlage ist erschienen:

Kalendarz polski i gospodarski

dla Wielkiego Księstwa Poznańskiego na rok Państw 1873 z rycinami. Tuzin 2 tal. 25 sgr., pojedyńczo 10 sgr. Kalendarz ten zawiera, prócz astronomii i kościelnego.

Anna Orzelska, pani Blękitnego Pałacu, przez J. Bartoszewicza;

O rodzinie Kopernika;

Wyprawa do miasta, historia noworocznego;

Obliczenia een nowych miar i wag podług starych;

Wykaz jarmarków dla W. Ks. Poznańskiego, Prus Zachodnich, Wschodnich i Śląska, i t. d. i. t. d.

Posen.

Hofbuchdruckerei von W. Decker & Co.
(E. Rötel.)

Frische Raps- und Leinkuchen,

Roggenkleie und Roggenfuttermehl,
Weizenschaale und Weizenfuttermehl,
sowie alle anderen Futterstoffe, als:

Hasen, Erbsen, Wicken, Lupinen &c.
empfiehlt

Ostdeutsche Producten-Bank.

Mit Anfang Februar beginnt im Feuilleton des "Berliner Tageblatt" die neueste Original-Novelle von M. Ant. Niendorf's

"Vom Altar in den Krieg"

eine Lothringische Familiengeschichte aus den Jahren 1870—71, d. Handlung, Situations- und Charakterzeichnung von fesselndem Reiz, und deren allgemeine Schilderung jener großen Zeit, sowie der eigentümlichen Verhältnisse in den neuen Reichslanden für Federmann eine interessante Lektüre bietet.

Das "Berliner Tageblatt" bringt neben seinem sonnigen vielseitigen und reichhaltigen Inhalt in einer besonderen Handelsbeilage, welche die gesammte Geschäfts- und Börsenwelt umfaßt, einen ebenso vollständigen Courszetel wie die größten Berliner Börsenblätter.

Das "Sonntagsblatt" enthält außer Artikeln belletristischen und belehrenden Inhalts d' stenographischen Berichte der Berliner Stadtverordneten-Versammlungen.

Der Abonnementpreis für das "Berliner Tageblatt", sowie für das humoristisch-satirische Wochenblatt "Der Ulk", illustriert von H. Scherberg, nebst dem "Sonntagsblatt" beträgt

für alle drei Blätter zusammen
für die Monate Februar und März
nur 1 Thlr.

inclusive Botenlohn und nehmen für Berlin sämmtliche Zeitungs-Spediteure sowie auswärts alle Reichspostanstalten täglich Bestellungen entgegen.



Marmor-Billard

der neuesten und besten Construction, sowie grünes, weißes und rohes Billardtuch Bälle, Queue u. s. w. empfiehlt und hat jetzt in Auswahl die Billardfabrik von

R. Leitzner in Breslau,
Klosterrstraße Nr. 81.

F. Kaufmann in Ludwigshafen am Rhein
(vormals Boyer & Consorten)

Specialität in Central-Luftheizungs-Anlagen
insbesondere für Wohngeb., Kirchen, Schulen, Bahnhöfe, Krankenhäuser
Gefängnisse, Malzdarren, Trockenräume, Fabriken und öffentl. Baut

120 Mill. Thlr. für Zwecke der Staats-Eisenbahn-Verwaltung. Je länger die Vorlage in den Fraktionen diskutirt wird, desto weiter gehen die Ansichten auseinander. Im Allgemeinen machen sich drei große Richtungen bemerkbar.

Die erste ist in der sog. „Interessenkommission“ vertreten u. hat lediglich provinzielle Aufgaben sich zur Lösung gestellt, über welche sie jedoch im Augenblick zu keinem Resultat zu gelangen vermag. Eine gestern Abend stattgehabte Versammlung hat daher beschlossen, zunächst von jeder weiteren Tätigkeit und Beschlussfassung abzusehen, bis die offizielle Eisenbahn-Kommission des Hauses ihre Beschlüsse gefaßt haben wird. Die zweite Richtung vertritt das System der Staatsbahnen und sieht in der Vorlage einen bedeutenden Schritt zur Vervollkommenung dieses Systems. Nicht nur habe der Staat die Aufgabe, da wo die Privatbahnen feinen Erfolg sieben, einzutreten, er habe auch die lukrativen Linien zu bauen, um durch die hier erzielten Überschüsse die Ausfälle der ersten Kategorie decken zu können. Da er habe die Verpflichtung, überall da, wo Hoheitsrechte eingefestigt werden, bestrebt zu bleiben, die Sache selbst in die Hand zu bekommen und haben sich somit dem sozialistischen Prinzip der Staatsgarantie so fern als möglich zu halten. Die dritte Richtung vertritt das gemischte System von Privat- und Staatsbahnen. Sie will die Ommipotenz des Staates nur da zulassen, wo wie z. B. auf dem kirchlichen Gebiete man durch die Abwehr dazu gedrängt werde. Ein Monopol des Staates auf dem Eisenbahngebiete, ähnlich wie beim Postregal würde gefährlich sein. Was uns zunächst fehlt, sei ein bestimmtes Eisenbahnnetz, ein System, wie es in Frankreich nach strategischer und volkswirtschaftlicher Seite hin fast bewundernswürdig durchgeführt habe. Wenn man Luftbahnen projektiere, so müsse man sich vorher klar gemacht haben, welche Linien wirklich notwendig seien. Man dürfe nicht sagen, ich habe jetzt 120 Mill., was Alles will ich dafür bauen, sondern umgekehrt, diese und jene Linie sei unentbehrlich und dafür bedarf es einer Summe. Nehme der Staat von vornherein das Beste hinweg, so werde das Kapital zurückgeschafft, suche sich andere Wege und der Staat kommt dann in die Lage, Alles zu bauen. Von Parallelbahnen, die bis zum Jahr 1867 verboten waren, würde dann sicherlich nicht die Rede sein. Uns fehlen nur die Normativbedingungen bei Ertheilung von Konzessionen. Hier seien die Hoheitsrechte wahrzunehmen. Dass das Staatsbahnsystem nicht nur eine Schwächung der individuellen Freiheit der Provinzen, Kreise und Städte, sondern auch des Parlaments enthalte, sehe man bei jeder Vorlage dieser Richtung, die ins Haus gelange. Sofort lösen sich die sämtlichen Fraktionen in Interessengruppen auf. Neben dies sei eine parlamentarische Kontrolle gar nicht denkbar; wir haben gar keine Spur einer solchen Kontrolle und man könnte sicher 10 Verfassungssatzikel preisgeben, als für 100 Millionen Staatsbahnen bauen. Wie fehlerhaft das System sei, gebe ja schon einfach daraus hervor, dass die Sache ohne die französischen Milliarden gar nicht zu machen wäre. 40 Millionen Eisenbahnkredite habe der Finanzminister noch in Reserve. Dazu kämen die Schatzscheine; bewillige man noch 120 Millionen Kredite — welchen Druck werde dann auf den Kapitalmarkt geübt und wer werde diesen Druck am meisten spüren? der Grundbesitz! Jene Eisenbahnkredite werden den Hypotheken noch mehr aber dem Pfandbriefrecht die schlimmste Konkurrenz machen. Man habe sich die Verwendung des preußischen Anteils an der französischen Kriegsschädigung anders gedacht; man war der Ansicht, dass sie zu Kanalbauten, Wegerbesserungen und ähnlichen volkswirtschaftlichen Zwecken verwendet werden würden. — Aus Anerkennungen der Vertreter der Regierung dürfte übrigens zu erkennen sein, dass man im Handelsministerium selbst trotz der Vorlage noch zu keinem festen Beschluss über das Prinzip selbst gekommen sei. Von Interesse dürfte noch folgende Mitteilung sein. Wenn man den Staat Preußen durch eine Linie in zwei Theile zerlege, so ergiebt sich, dass im Osten 288 Meilen, im Westen aber nur 61 Meilen Staatsbahnen, d. h. solche, die wirklich vom preußischen Staat gebaut worden, vorhanden sind, die übrigen kamen durch Annexion hinzu. Was die Zinsgarantien anbetrifft, so ist das Verhältniss zwischen dem Osten und dem Westen ziemlich dasselbe, jedoch mit der Maßgabe, dass in den westlichen Provinzen keine Staatszuschüsse erforderlich sind.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 30. Januar.

[Betriebsbeginn auf der Posen-Thorner Bahn. Interims-Zentral-Bahnhof bei Posen und durchgehender resp. Ueberleitung-Berkehr daselbst. Fahrplan auf den Posen-Bromberg-Thorner Linien.] Der Handelskammer ist aus Anlaß eines von ihr an den Herrn Handelsminister am 19. Nov. v. J. über die vorbezeichneten Verhältnisse erstatteten Berichts unterm 18. d. M. Mittheilung durch die Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn zugegangen. Hierauf soll die baupolizeiell bereits geprüfte Strecke Inowraclaw-Thorn für den Güterverkehr sobald als thunlich, für den unbeschrankten Verkehr aber voraussichtlich im nächsten Frühjahr erfolgen. Der durchgehende Verkehr, der Station Posen muss bis nach beendetem Bau des in seinen Fundamenten bereits fertig gestellten provisorischen Empfangsgebäudes auf dem Zentral-Bahnhof ein beschränkt bleiben; doch sind betreffs des Güterverkehrs für die wichtigsten Artikel von Oberschlesien direkte Tariffäste mit der Märkisch-Posener Bahn vereinbart und es schwelen wegen Einführung der direkten Expedition von Bromberg und Thorn Unterhandlungen. Die Ueberfuhrgebühr hierorts von Bahn zu Bahn ist jetzt auf 5 Sgr. pro Wagen ermäßigt. Die Einführung eines neuen Fahrplanes ist zum Frühjahr in Aussicht genommen. Bei dessen Ausarbeitung wird den Anschlüssen in Posen und Bromberg gehörende Rechnung getragen werden, es hierbei auch hoffentlich gelingen, einen den Verhältnissen entsprechenden Fahrplan mit der Direktion der Märkisch-Posener Bahn zu vereinbaren.

Bei Änderung der Fahrpläne, wie sie bevorsteht, wird doch wohl endlich den Wünschen der Handelskammer entgegengekommen und durch Einlegung eines Nachtzuges von Posen nach Breslau, wie Vereinbarung mit den nördlichen Anschluslinien der direkte Personenverkehr zwischen Ost- und Westpreußen, Theilen von Pommern und der Neumark über Posen nach Wien hergestellt, ebenso aber dem ostgerügten Uebelstand im Lokalverkehr Abhilfe geschafft und in diesem ein Fahrdienst so eingerichtet werden, dass Posen tour und retour mit Bromberg und Thorn im Laufe eines Tages verkehren kann. Nicht minder bedarf der Verkehr mit den Zwischenstationen auf der Bahnlinie nach Bromberg und Thorn einer besseren Regelung. Den Güterverkehr anlangend, so wird abzuwarten sein, mit welchen Mitteln und in welchem Zeitraume die Direktionen der Oberschlesischen und der Märkisch-Posener Bahn den für uns so wichtigen direkten Uebergang von Linie zu Linie in Gang bringen werden.

In der Stadtverordneten-Sitzung am 29. Januar waren anwesend 26 Mitglieder; der Magistrat war vertreten durch die Herren: Oberbürgermeister Kohleis, Bürgermeister Herse, und Stadtrath Annus, von Chlebowksi, Schmidt. Der Vorsitzende, Hr. Rechtsanwalt Pilet, eröffnet die Sitzung mit einigen geschäftlichen Mittheilungen. Der Vorstand des Vereins Posener Lehrer spricht in einem Schreiben, welches verlesen wird, seinen Dank dafür aus, dass die Versammlung auch pro 1873 dem Verein eine Subvention von 100 Thlr. bewilligt habe. Der Magistrat zeigt ferner in einem Anschreiben an, dass die Inventarstruktur des städtischen Archivs durch Herrn Archiv-Sekretär Lefszkyt nunmehr gemäß der Instruktion für die Provinzialarchive bereitet sei. Hr. Lefszkyt erhält, dafür nach einem freien

Wahlvorschlag den Betrag von 200 Thlr., während dem Provincial-Archivar, der bei diesen Arbeiten Hr. Lefszkyt mit seinem Rathe zur Seite stand, der Dank der städtischen Behörden gebührt. — Die Kommissionen haben sich in folgender Weise konstituiert: Vorsitzender der Finanzkommission Hr. Kaufmann Lewinsohn, Stellvertreter Hr. Rechtsanwalt Müllner; Vorsitzender der Wahlkommission Hr. Buchbandler Türk, Stellvertreter Hr. Rentier Dahlke; Vorsitzender der Schulkommission Hr. Sanitätsrat Dr. Handke, Stellvertreter Hr. Dr. Brieger. — Es gelangt darauf eine Petition des Magistrats an das Abgeordnetenhaus zur Vorleistung, mit dem Antrage, dass die Versammlung sich derselben anschließen möge. Von Hrn. Justizrat Tschufke wird dagegen allerdings gestellt, dass auch dieser Anschluss einen Beifluss involviere und der Gegenstand nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden sei da dem Vorsitzenden die Petition erst 1 Uhr Mittags zugegangen sei, Herr Ober-Bürgermeister Kohleis motiviert dieses Verfahren damit, dass die Sache außerordentlich dringend und eine eigentliche Beiflussfassung ja nicht erforderlich sei. — Die Petition wird darauf von Herrn Kommerien-Rath B. Jaffe verlesen — (den Wortlaut unten) — und befürwortet. Der Osten sei bei dem genannten Gesetzentwurf ganz leer ausgegangen und auch bei den Berathungen in den Kommissionen scheine es, als ob jede andere der östlichen Provinzen, insbesondere die Provinz Preußen, in Folge der energetischen Bemühungen der dortigen Abgeordneten Staatsseisenbahnen erhalten werde, nur nicht unsere Provinz. Es sei von einem der Staatskommissarien gesagt worden, auf den Osten des Staates kämen gegenwärtig weit mehr Staatsbahnen, als auf den Westen, und habe der Staat ebenso für mehr Bahnen im Osten die Zinsgarantie übernommen, als für die im Westen. Aber dabei sei vergessen worden, dass zu den Staatsbahnen im Westen die hannoversche Staatsbahn etc. hinzugekommen sei; auch würden zu den garantirten Bahnen im Westen des Staates verhältnismäßig weit mehr Staatszuschüsse gegeben, als zu denen im Osten. Ueberdies sei gerade in der Provinz Preußen in neuerer Zeit die Ausdehnung der Staatsbahnen erheblich gestiegen; dadurch habe sich der Handel Königsbergs sehr gehoben, während der Handel Posen immer mehr ins Stocken gerathet. Unsere Stadt habe ein Recht darauf, die beiden in der Petition genannten Bahnen zu verlangen. — Hr. Rechtsanwalt Orgler hebt hervor, dass in der Petition vornehmlich die Sonderinteressen der Stadt Posen zu vertreten, und deswegen, unter Formulierung dieser Sonderinteressen, die Bitte ans Abgeordnetenhaus zu richten sei, den betr. Gesetzentwurf abzulehnen. Auch sei in der Petition die Stelle nicht zu billigen, wo von den exzellenten Alten für die Provinz Posen die Rede sei, und damit vornemlich auf die Kreisordnung hingedeutet werde. Es liege in den Wünschen der Provinz, dass die Kreisordnung hier vorläufig noch nicht eingeführt sei, und treffe die Regierung in dieser Beziehung kein Vorwurf; man möge in der Petition nur die volkswirtschaftlichen Interessen vertreten. Auch werde es sich empfehlen, außer der Petition ans Abgeordnetenhaus noch eine zweite an das Staatsministerium mit eingehender Begründung derselben zu richten. — Hr. Tschufke hofft von der Petition wenig Erfolg; von einer Ablehnung der Vorlage seitens des Abgeordnetenhauses könne wohl keine Rede mehr sein; empfohlen werde es sich, die Petition auch ans Staats-Ministerium zu richten.

Herr Neukranz weist auf die Bahnen Kreuzburg-Posen und Dels-Gniezen hin, und meint, dass diese beiden Bahnen zunächst für den Verkehr im Osten unserer Provinz genügen; wenn der Staat diese Unternehmungen unterstützen würde, dann würde von den Unternehmen auch weiter in der Richtung auf Schneidemühl gebaut werden, da dies im eigenen Interesse derselben liegen würde. — Herr Türk stellt den Antrag, eine besondere Deputation mit der Petition an das Staatsministerium zu schicken. Hr. Tschufke jedoch bezeichnet eine derartige Deputation als zwecklos, und zieht darauf Herr Türk seinen Antrag zurück. Die Versammlung tritt alsdann mit großer Majorität der Petition des Magistrats bei und beschließt, den Magistrat zu eruchen, auch an das Staatsministerium eine Petition mit eingehender Begründung derselben zu übersenden. Zur Ausarbeitung derselben wird Herr B. Jaffe gewählt, der sich mit dem Magistrats-Deputirten dieserhalb in Verbindung setzen wird.

In Betr. der Besetzung der ersten deutschen Oberlehrerstelle an der hiesigen städtischen Realschule teilt Herr Dr. Handke mit, dass das Kuratorium der Anstalt beschlossen habe, bei der Besetzung dieser Stelle von vornherein eine Aszension auszuschließen, um mit Rücksicht darauf, dass die Realschule in neuerer Zeit in Gefahr gerathen sei, derselben eine tüchtige frische Kraft zuzuführen. Da das Gehalt auf 1500 Thlr. erhöht werden, so meldeten sich über 30 Bewerber, von denen 5 zur engeren Wahl gestellt wurden, darunter auch einer der älteren Lehrer der Realschule. Man habe nun seitens des Kuratoriums und des Magistrats den Dr. Meffert, gegenwärtig am Domgymnasium und der Realschule zu Kolberg gewählt. Derselbe steht im rüstigsten Mannesalter, besitzt die facultas in alten und neuen Sprachen für alle Klassen, versteht vorzüglich Disziplin aufrecht zu erhalten, und habe bei seiner Vorstellung allgemein einen vortrefflichen Eindruck gemacht. Die Versammlung erhebt gegen diese Wahl keinen Widerspruch.

In Betr. der Wahl eines besoldeten Stadtraths verliest der Vorsitzende zunächst das Schreiben des Rentmeisters Krausnick, in welchem derselbe erklärt, es seien Verhältnisse eingetreten, welche es ihm unmöglich machen, die auf ihn gefallene Wahl anzunehmen. Dademn nunmehr zwei besoldete Stadtrathstellen zu besetzen seien, sofrage es sich, ob man eine nach der anderen, oder beide gleichzeitig besiegen wolle, und ob man im ersten Falle aus der Zahl der Kandidaten, welche sich bereits gemeldet, sofort einen Stadtrath wähle, oder ein neues Aufschreiben erlässt. — Hr. Direktor Samter schlägt vor, als Minimalgehalt 1200 Thlr. festzusetzen, und hebt die Notwendigkeit hervor, einen Stadtrath zu wählen, welcher studirt habe; es sei dies durchaus notwendig schon gegenüber der Regierung als Aufsichtsbehörde des Magistrats, ferner den übrigen Magistratsmitgliedern, sowie vornemlich den Subalternbeamten gegenüber. Habe man eine tüchtige Kraft gewonnen, so könne man alsdann das Gehalt erhöhen. — Hr. Tschufke schlägt vor, es möge zunächst nur ein Stadtrath, und zwar ein tüchtiger, studirter, der auch ein höhers Gehalt erhalten müsse, gewählt werden. Vielleicht werde es alsdann nicht nöthig sein, einen zweiten besoldeten Stadtrath zu wählen, da manche Arbeiten beim Magistrat subalterner Natur seien, und daher Subalternbeamten übertragen werden könnten. — Hr. Löwinsohn hebt die Notwendigkeit hervor, einen Stadtrath zu wählen, der vor Allem mit dem Kassenwesen Bescheid wisse und im Stande sei, dasselbe zu überwachen; dann werde es nicht mehr vorkommen, dass der Verhandlung die Finanzlage der Stadt bald sehr glänzend, bald traurig dargestellt werde. — Hr. M. Czapski beantragt, mit Rücksicht darauf, dass Hrn. Krausnick das Gehalt von 1200 Thlr. wohl zu niedrig gewesen sei, dasselbe auf 1400—1500 Thlr. zu erhöhen. — Die Versammlung beschließt darauf mit 14 von 25 Stimmen, dass Gehalt auf 1500 Thlr. festzusetzen. Die Frage, ob noch ein zweiter besoldeter Stadtrath zu wählen, soll erst dann entschieden werden, wenn die Wahl des ersten erfolgt ist.

Über die Erhöhung des Lohns für die Strafen für die Strafen für S. Smolinski und Galka, welche die Reinigung der öffentlichen Plätze etc. übernommen haben, berichtet Herr H. Markus. Die Versammlung beschließt, den monatlichen Lohn derer beiden von 50 auf 70 Thlr. zu erhöhen.

Über den Antrag, betr. die Ernennung einer gemischten Kommission in der Angelegenheit der Gehaltsfälle der Lehrer, Lehrerinnen und Kastellane der städtischen niederen Schulen pro 1873 berichtet Hr. Dr. Handke. Magistrat hat bekanntlich erklärt, er könne sich mit den von der Versammlung beschlossenen Gehaltsfestsetzungen nicht einverstanden erklären, und zur Entscheidung der Sache die Einsetzung einer gemischten Kommission beantragt. Nachdem die Versammlung nochmals erklärt hat, bei ihrem einmal gefassten Beschluss stehen zu bleiben, beantragte der Magistrat auf's Neue die Einsetzung einer gemischten Kommission. Die vereinigte Schul- und Finanz-Kommission hat nun beschlossen, den Antrag des Magistrats abzulehnen, und der Versammlung fol-

genden Antrag zur Annahme zu empfehlen: „Die Versammlung, indem sie den Etat pro 1873 als festgesetzt erachtet, aber darauf Rücksicht nimmt, dass gegenüber der erfolgten Feststellung der Gehälter gewisser Lehrer eingetretene Bedürfnisse eine Befriedigung erheischen, erachtet den Magistrat, ihr schleunigst eine mit Spezifizierung der für jeden einzelnen der betreffenden Fälle erwünschten Gehaltsausgleichung verfahrene Vorlage zugeben und an der bezüglichen Vorberathung der gemischten Schul- und Finanz-Kommission durch Deputirte sich vertreten zu lassen.“ Im Ganzen haben 19 Lehrer Eingaben um Gehaltsverhöhung an den Magistrat gerichtet, in keiner derselben wird darüber gefragt, dass das Gehalt zu niedrig sei; nur darüber wird darüber erhoben, dass gleichaltrige oder gar jüngere Lehrer besser gestellt und dadurch das Ergebnis der Beratung gezeigt verletzt worden sei.

Herr Dr. Brieger weist auf die Wichtigkeit der Angelegenheit hin, und hebt es als Nothwendigkeit hervor, dass eine Stadt wie Posen in der Förderung des Elementar-Schulwesens vorangehe, zu mal die bei den Berathungen gegen Ende v. J. vor Augen geführte Gefahr eines Defizits ja nicht mehr vorhanden sei; zur Förderung des Schulwesens müsse stets Geld übrig sein. Um nun zu erzielen, dass die Entscheidung über diese Angelegenheit in die Versammlung verlegt werde, beantragt er, auf die Einsetzung einer gemischten Kommission nicht einzugehen, dagegen eine Kommission einzuführen, bestehend aus 3 Mitgliedern, welche nur der Schulkommission, dreien, welche der Finanzkommission und drei, welche keiner von beiden Kommissionen angehören und diesen Kommissionen aufzugeben, möglichst bald Vorschläge darüber zu machen, ob und in welchem Umfang, und in welcher Weise auf die Anträge des Magistrats einzugehen sei. — Nach langer Debatte wird der Antrag der vereinigten Schul- und Finanz-Kommission mit 19 gegen 6 Stimmen angenommen, womit der Brieger'sche Antrag abgelehnt ist.

Über den Magistratsantrag, betr. die von den Beamten pro 1870—72 über hohene Einkommen steuer berichtete Herr Dr. Samter. Wir haben darüber bereits im Morgenblatte Mitteilung gemacht.

Zur Mietbung eines Ordonnanzgelasses für durchfahrende Militärkommandos werden 180 Thlr. bewilligt. — Zum Mitgliede der Stadtschul-Deputation wird Herr Dr. Brieger gewählt. Zu Mitgliedern der Direktion der Gasanstalt und der Wasserwerke werden wiedergewählt die Herren Dr. Szafariewicz, Dr. Mankiewicz und Garsey. An Stelle des ausgewählten Direktors Dr. Schaper wird in die Kommission zur Ausarbeitung der neuen Geschäftssordnung der Stadtverordneten-Versammlung gewählt Hr. Dr. Samter.

Der „Dziennik poznański“ lässt sich aus Paris mittheilen: „Herr Wolowski präsidierte am Mittwoch der Versammlung zum Schutz der Elsässer und verlas das Verzeichniß der Beiträger, an deren Spitze der Name der Gräfin Dzialska steht.“ — Ein Pole Präsident, eine Polin an der Spitze der Freunde des Elsäss; die Franzosen lassen sich, wie man sieht, in ihrer Liebe zum Elsäss von Minderbeteiligten den Rang ablaufen.“

In der polytechnischen Gesellschaft wurde am Sonnabend eine neuordnungs empfohlene Methode kleine Stahlinstrumente zu härtet, besprochen. Dieselbe besteht darin, dass diese Instrumente hochroth-glühend gemacht und alsdann mehrmals in eine Siegellackstange gesteckt werden, so lange der Lack dadurch noch schmilzt. Durch diese Methode soll der Stahl außerordentlich hart werden. Ob dabei bloss die Abkühlung wirksam ist, oder auch ein chemischer Prozeß stattfindet, erscheint zweifelhaft. Eine andere Methode der Härtung besteht darin, dass man das glühende Stahlinstrument in Petroleum taucht. Es wurde bei dieser Gelegenheit erwähnt, dass gegenwärtig in hiesigen Eisen- und Stahlwarengeschäften Stahl sowie Stahlwaren verkauft werden, welche zwar im Bruche das Aussehen eines sehr guten Stahls haben, aber durchaus keine Härtung annehmen. Hämmer dieser Art, welche z. B. zum Zerschlagen des sehr harten Schwefelfestiges in der Schwefelsäurefabrik zu Jersey verwendet werden, sind in kurzer Zeit unbrauchbar. In der hiesigen Giegielski'schen Maschinenfabrik wird seit 10 Jahren ein Mittel zum Schweissen von Gußstahl angewendet, welches sich sehr gut bewährt. Der Gußstahl wird dabei bis zur Dunkel-Nothlöhigkeit erwärmt, und werden auf diese Weise vornehmlich die Abfälle von Gußstahlblech verwertet.

Im Handwerkerverein hielt am Montag Hr. Mittelschul-Lehrer Kupke einen durch Landkarte und Globus erläuterten Vortrag über Wind und Wetter, in welchem derselbe die Entstehung der Windströmungen und der damit in Zusammenhang stehenden trocknen oder regnerischen Witterung erörterte. Der Vorsitzende, Hr. Dr. Wasner, machte alsdann Mittheilung über das am 18. d. M. abgehaltene Tanzkränzchen, welches in schönster Harmonie verlaufen ist; der Vorstand beabsichtigt noch ein zweites derartiges Kränzchen während der Fastnachtszeit zu veranstalten. Ferner machte der Vorsitzende die angenehme Mittheilung, dass der Vorstand der volkswirtschaftlichen Gesellschaft, welcher in seiner Sitzung am Sonnabende die Auflösung derselben beschlossen hat, das Vermögen in Höhe von ca. 30 Thlr., sowie die Vereinsbibliothek dem Handwerkerverein überwiesen hat. Hr. Ingenieur Swierzy schlug vor, dem ehemaligen Vorstande der volkswirtschaftlichen Gesellschaft für dieses schöne Geschenk den Dank der Versammlung durch Aufstellen zu votiren, was auch geschah.

Im polnischen Theater kam gestern zum Benefiz von Frau Nowakowska Rosenthal's „Pietra“ in polnischer Uebersetzung von Dr. Olendzki zur Aufführung. — Am Sonnabend war das Theater, trotzdem neue Stücke aufgeführt wurden, sehr leer, während im Circus sich ein zahlreiches polnisches Publikum befand. Der „Kurier Poz.“ macht deswegen seinen Landsleuten Gleichgültigkeit gegen die nationale Bühne zum Vornur.

Personalveränderungen in der Armee. Herr Fahrt, Hauptm. à la suite der 2. Ingen. Inspektion und Lehrer a. d. Kriegsschule zu Hannover, unter Entbindung von diesem Verhältnis in die 3. Ingen. Insp. einzurangirt. Schmölzer, Pr. Lt. vom Niederschles. Feld-Art. Regt. Nr. 5, Corp.-Art., und Kommdr. als Milit.-Lehrer bei dem Kadettenhause in Berlin, unter Belassung in diesem Verhältnis und unter Stellung à la suite dieses Regts., zum Hauptm. befördert. Frhr. v. Brandis, Rittm. u. Eskadr. Chef im Kurm. Drag. Regt. Nr. 14, unter Stellung à la suite des Regts., als Hecht- u. Turnlehrer zum Mil.-Reit.-Inst. kommand. v. Göss, Pr. Lt. vom Kurm. Drag. Regt. Nr. 14, unter Entbindung v. d. Kommdo. als Adjut. d. 19. Kab. Brig., zum Rittm. und Eskadr. Chef beordert. Graf zu Solms-Sonnenwalde, Sec. Lt. vom Westpr. Ulan. Regt. Nr. 1, als Adj. zur 19. Kaball. Brigd. kommand. Kruje, Sec. Lt. vom 2. Pos. Inf. Regt. Nr. 19, in das Hobenz. Jüf. Regt. Nr. 40 versetzt. v. Treskow, Gen. Lt. Gen. Adjut. St. Maj. des Kaiserl. und Königl. und Kommdr. der 19. Div., zur Uebernahme der Geschäfte d. Gen.-Komm. X. Armeecorps, während der Abwesenheit des bis zum 1. Juli c. zur Wiederherstellung seiner Gesundheit beurlaubten Generals d. Inf. v. Voigts-Rheiz, Komm. Gen.: dieses Armeecorps, nach Hannover, und v. Strubberg, Gen. Major u. Kommdr. der 30. Inf. Brigd., unter Verleihung des Ranges und der Kompetenzen eines Div.-Komm., zu den Offizieren v. d. Armee vers., und zunächst z. Vertr. d. abfomm. Komm. der 19. Div. nach Manch kommandirt

ss Kosten. 27. Januar. In der am 16. d. M. hier abgehaltenen Versammlung bürgerlicher Grundbesitzer deutscher und polnischer Nationalität, worüber die Posener Zeitung schon berichtet hat, wurde beschlossen, die hier angenommene Petition*) an den Abgeordneten Laske zu senden, damit dieser sie dem Präsidium des Abgeordnetenhauses überreiche. Der Vorschlag, die Petition an den polnischen Abgeordneten des kostener Kreises Herrn v. Chlapowski zu senden, fand allgemeinen Widerspruch, da der polnische Adel sich um Volksinteressen nicht kümmere. Die Politik der nationalen Partei beginnt also schlechte Früchte für die polnischen Heißsporne zu tragen. Die Bürger und Bauern fangen an zu begreifen, daß sie ganz andere und weit näher liegende Bedürfnisse haben als die „Solidarität der polnischen Interessen“, und wenn die Regierung zeigt, daß sie diesen Bedürfnissen entgegenkommt, wird die nationale Partei mit ihrem Blendwerk von der nationalen Solidarität bald keinen Hund mehr vom Ofen weglocken, wie weniger einen polnischen Bauer zur Wahlurne. Hervorzuheben ist noch, daß die Versammlung, der ein Pole präsidiert hatte, sich mit dem hundersachen Ruf „Es lebe Kaiser Wilhelm! Niech żyje nasz Cesarz Wilhelm!“ trennte. — Noch auffallender trat die Sinnesänderung auf der Generalversammlung des biesigen polnischen Darlehnsklassenvereins hervor, da zu ihm ausschließlich Polen gehören. Hier bemühten sich die städtischen Mitglieder ihre Stellung zu Gunsten der polnischen Landjunkten auszubauen, was ihnen jedoch nicht gelang. Die bürgerlichen Mitglieder meinten, man brauche die „Herrchen“ (Panków) und die „Gelehrten“ nicht. Man würde sich ganz gut ohne diese behelfen, die „Bauern“ müßten endlich einmal anfangen, selbst für sich zu denken und zu handeln. — Der seitherige Vorsteher des Darlehnsklassen-Vereins, Herr Dr. Bojanowski, beantragte eine Remuneration für seine Bemühungen, und man konnte sich lange nicht darüber einigen, ob man die von ihm beanspruchten 200 Thlr. bewilligen soll oder nicht. Endlich entschloß man sich ihm bis zur nächsten Generalversammlung, welche in drei Monaten stattfinden soll, 50 Thlr. zu bewilligen. Während des Diskussion forderte der ultramontane Arzt seine Zuhörer auf, dem Kloster der harmlosen Schwestern aus Vereinsmitteln einen Beitrag zu gewähren, und als gegen diesen Vorschlag mehrere Stimmen laut wurden, erließ sich der Herr Doktor dermaßen, daß er es jedem streng untersagte über die frommen Damen irgend etwas Nachtheiliges vorzubringen, „denn ich selbst“, behauptete Dr. Bojanowski, „bin eine Nonne in Hosen.“ Den Beweis blieb der Doktor schuldig. Die polnischen Blätter bestreben sich, diese Vorfälle, über welche sie nur kurze Andeutungen bringen, tot zu schweigen, indessen wird dies auf die Länge nicht gehen, denn auch anderwärts röhrt es sich unter den Bauern, seit sie anfangen zu fühlen, daß die Regierung ihnen gegen die maflose Gewalt der Geistlichen Schutz gewähren will, und je inniger die polnische Nationalpartei sich mit dem Klerus verbindet, je unmöglichlicher macht sie sich in den unabhängigen Kreisen der Bauern und Bürger.

W. Kosten. 27. Jan. Die Ausschußmitglieder der Künstler- und Kunstfachgesellschaft des kostener Kreises hatten sich heute im Gajowowskischen Saale versammelt, um die am 16. d. M. an das Abgeordnetenhaus beschlossene Petition zu vollziehen. Der Versammlung wohnte seitens der Polizeiverwaltung der Ortsbürgermeister Krug bei, welcher zunächst im Auftrage des Herrn Landrats eine Abschrift der Petition erbat. Dieses Gesuch wurde aus nahe liegenden Gründen einstimmig abgelehnt. Demnächst wurde das Referat aus der Posener Zeitung Nr. 38, d. d. Kosten, den 20. Januar c., vorgetragen und wurden mit Bedauern mehrfache Unrichtigkeiten darin vorgefunden. Die Versammlung vom 16. h. war von ca. 3000 Personen besucht und wurde der Entwurf der Petition an Ort und Stelle von 900 Anwesenden unterzeichnet. Wegen Mangel an Zeit konnten die Lebigen ihre Unterschriften nicht sogleich abgeben und sind nachträglich deren noch über 1000 eingegangen. Demnächst ist in dem Referat die Tagesordnung auf den Kopf gestellt, denn es handelte sich in erster Reihe um gleichmäßige Vertheilung der Begebaulasten, weil in dieser Bezeichnung der Künstlerfach durch die von den Behörden angeordneten und exekutierten Maßregeln hart bedrängt wird; demnächst war von den Schulbeiträgen u. s. w. die Rede. Endlich ist das von dem Vorsitzenden Koszewski registrierte Hoch auf Se. Maj. den Kaiser nicht ausgebracht, was wohl geschehen wäre, wenn die Versammlung sich nicht, wegen der sehr unerquicklichen Tagesordnung, in gedrückter und müßiger Stimmung befunden hätte. Nachdem diese Berichtigungen vermerkt worden, wurde die Petition von den anwesenden Ausschußmitgliedern vollzogen und mittelst Anschreibens dem Herrn Abgeordneten Laske zur weiteren Veranlassung übermittelt, worauf die Sitzung mit dem Wunsche geschlossen wurde, daß die Petition von Erfolg sein möge.

△ Bromberg. 26. Jan. [Handwerkerverein. Theaterhaus u. Künstlererfolge. Ressource.] Der Handwerkerverein hat den Beschluss gefaßt, das 25jährige Bestehen des Vereins in diesem Jahre durch ein großes Fest zu feiern. Was unsere Stadt u. A. recht nötig hat ist — ein anständiges Theatergebäude. Leider sind wir nicht so glücklich wie Posen, eine Staatsförderung oder einen Zufluß erwarten zu dürfen. Man spricht viel von einem Aktien-Unternehmen für den Bau eines neuen Theaters, aber wir glauben, daß das Unternehmen nur dann prosperieren würde, wenn man ganz vorzügliche Künstler zu gewinnen vermöchte. Die Ullman'sche Gesellschaft z. B. hat hier nicht sehr gefallen. Für das Konzert des Pianisten

*) Die Petition enthält, was wir noch einmal wiederholen wollen, folgende Wünsche: 1) Den Dominien sollen im Verhältnisse zur Größe der Besitzung mit den bürgerlichen Gütern der Pflicht Unterhaltung der Begebaulasten. 2) Die Dominien sollen eben so wie die bürgerlichen Gütern zu Schulbeiträgen gezogen werden. 3) Die Klassensteuer soll in Zukunft nicht plötzlich z. B. von 16 auf 20 Thlr. sondern stufenweise von 16 auf 17 Thlr. erhöht werden. 4) Die Schaffung eines landwirtschaftlichen Kreditvereins im Großherzogthum Posen auch für bürgerliche Besitzungen zu beantragen. 5) Die Einführung der Kreisordnung zu erbitten.

Mein Bureau eröffne ich am 1. Februar cr. zu Inowraclaw am Markt im Pielkischen Hause.

Inowraclaw, Januar 1873.

Heinrich Kleine,
Rechtsanwalt u. Notar.

Ein in einer der frequentesten Straßen Posens beleg., rentabiles Material Baaren- u. Vicinalien-Geschäft ist unter Bef. sof. zu verl. Anfragen bei A. Diermann, Halbdorffstr. 4.

Jossefy und des Bisonecellisten de Swert waren nicht 6 Billets verkauf und die Vorstellung der polnischen italienischen Opern-Gesellschaft, mit dem berühmten Desirée Artot, kam wegen mangelnder Theilnahme garnicht zu Stande. Den meisten Erfolg hat bis jetzt immer das Sommertheater für 3 Sgr. Entrée gehabt, dort geht Hoch und Niedrig hin, nicht allein des Kunstgenusses, (?) sondern auch des billigen Entrées halber. Am Sonnabend fand ein großer Ball von der bromberger Ressource im Schützenhaus statt, der recht besucht war. Die Gesellschaft geht, wie man hört ernstlich mit der Idee um, in der Wilhelmsstraße ein Grundstück mit Garten zu acquiriren.

Petition der städtischen Behörden der Stadt Posen, betreffend die Eisenbahnvorlage.

Einem hohen Hause liegt gegenwärtig ein Gesetzentwurf, betr. die Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 120 Millionen Thlr. für Erweiterung, Befestigung und Ausführung des Staats-Eisenbahngesetzes zur Berathung und Beschiebung vor. Die Gesetzesvorlage hat auf die unterzeichneten Gemeindebehörden der Stadt Posen einen wahrhaft schmerzlichen Eindruck machen müssen. Nachdem im Laufe des letzten Jahres die Provinz Posen zu wiederholten Malen für exceptionelle gezeigter Alte in den Bordergrund getreten ist und bei Erörterung dieser Alte die Notwendigkeit einer materiellen Hebung der Provinz als eine Hauptbedingung für die wirklich gesunde Entwicklung derselben sich herausgestellt hat, durfte sie wohl der Hoffnung sich hingeben, daß die f. Staatsregierung in umfassend thakräftigem Wohlwollen ihre Aufmerksamkeit vorzüglich der kommerziellen und industriellen Lage der Provinz zuwenden werde. Eine Eisenbahn-Vorlage aber ist keine Bestätigung dieser Hoffnung. Während in der Vorlage 120 Millionen für Provinzen gefordert werden, welche weitauß die blühendsten der Monarchie, durch diese großartige Staatsunterstützung ihrer vorhandenen Systeme von Eisenbahnverbindungen nur in noch reicherer Gliederung erhalten sollen, geht die Provinz Posen leer aus, wiewohl sie, abgesehen von einem kleinen Stücke der Orla, noch keine Eisenbahn besitzt, wiewohl sie zu Eisenbahnzwecken keine Staatszuschüsse erhalten hat, wiewohl sie sich darumbandelt, noch nicht vorhandene Eisenbahnssysteme überhaupt zu schaffen. Da die Provinz Posen durch die bekannte, von ihr nicht vorsehute Umst. handelspolitischer Verhältnisse stets gehindert war, mittelst eigener Kraft die Schöpferin solcher, ihren Bedürfnissen tragend entsprechenden Systeme zu werden, so hat die regierungssseitig stets und konsequent bisher festgehaltene Nichtüberliefertigkeit der Provinz im Punkte der Staats-Eisenbahn-Unterstützung es därfi gebracht, daß die ganze langgestreckte Ostgrenze der Provinz noch heute ohne alle und jede Schiene-Lieferbrückung dasteigt, daß die gesammte östliche Hälfte der Provinz, d. h. die weiten Gebiete zwischen Bromberg, Posen, Rawicz, Kempen und der russisch-polnischen Grenze bis heute überhaupt jeder Eisenbahn entbehren, daß die Verbindung der Provinz mit der Ostsee noch immer eine sehr lückenhafte ist. Durch diese Eisenbahnspolitische Vernachlässigung der Provinz Posen ist namentlich für die Stadt Posen eine Situation geschaffen, welche ihrer geschichtlichen Gewöhnung widerspricht und ihrer geographischen Aufgabe widerstrebt. Die ökonomische Verbindung unserer Stadt mit ihrem Hinterlande in der Provinz ist gelockert. Der in der voreisenbahnlichen Zeit von unserer Stadt vermittelte Handelszug zwischen Ost und West nimmt nun schon seit Dezennien seine Bahn fast ausschließlich in weitem Bogen um die Provinz Posen herum durch Westpreußen und Schlesien. Rüttiglich, um nicht zu sagen absichtlich, ist die Stadt Posen aus dem großen Allgemeinverkehr hinausgedrängt! Welche Schäden diese unnatürliche Handels- und Verkehrspolitik für das äußere Gedeihen und für das innere Leben unserer Stadt und Provinz, ja für den Gesamtorganismus des Staates zur notwendigen Folge gehabt hat, bedarf keiner Erörterung, weil die jüngste Legislaturperiode diese Schäden offen zu Tage gelegt hat. Es ist darum nicht nur eine lokale und provinzielle, sondern allgemeine staatliche Notwendigkeit, daß die Stadt Posen und mit ihr die Provinz Posen dieser Ausnahmestellung einer kommerziellen und sozialen Isolirtheit endlich entrückt werde, das also für diesen Zweck, soweit ihn die Provinz nicht erreichen könnte und kann, der Staat nun endlich und ernstlich zur Hilfe sich herbeilasse.

Dem Bedürfnisse des östlichen Eisenbahn-Binnen-Verkehrs der Provinz ist nach langen Mühen und großen Opfern der Privaten und der Kreise durch die hoffentlich bald zur Ausführung gelangenden Eisenbahnprojekte Posen-Kreisburg und Oels-Großen die Aussicht auf Zeugstoffs teilsweise Befriedigung in einigen Jahren gegeben. Vergleichbar aber sind bis jetzt die Hoffnungen der Stadt und Provinz Posen auf Verwirklichung des östlichen Eisenbahn-Transit-Verkehrs und auf Verstärkung ihres Eisenbahnverkehrs mit Pommern und der Ostsee. Der erstere verlangt eine direkte Eisenbahnverbindung der Stadt Posen mit der Stadt Warschau, der letztere eine direkte Eisenbahnverbindung der Stadt Posen mit der Hafenstadt Kolberg. — Im Namen der Stadt Posen und ihres provinziellen Hinterlandes fordern wir daher vor Allem eine Staats-Eisenbahn: Stadt Posen-Wreschen-Strzelkowo-Słupce zur Weiterführung auf russisch-polnischem Gebiete über Königsberg bis Rethow und Warschau, da erst durch diese direkte Verbindung die Stadt Posen nebst Vor- und Hinterland in ihre völkerrechtliche Stellung eingeetzt werden würde, die vielseitige unablässigen Anstrengungen von Privatunternehmern aber stets an Hindernissen gescheitert sind und scheitern müssen, welche, weil schwierigen internationalen Charakters, nur von der Staatsregierung, wenn sie für das eigene Unternehmen auftritt und eintritt, befriedigt werden dürften.

Im Namen der Stadt Posen und ihres provinziellen Hinterlandes fordern wir außer dieser Bahn eine Staatsbahn: Stadt Posen-Schneidemühl-Kolberg, da erst durch diese Bahn die unmittelbar gerade Verbindung der Hauptstädte Schlesiens und Posens mit Pommern und der See erreicht werden wird, und auch hier die vielseitigen Anstrengungen Privater sich fruchtlos gezeigt haben. — Die staatliche Erfüllung dieser beiden Forderungen ist eine Ehrenpflicht des Staates, durch welche er nur gutmachen wird, was er seit Dezennien zum Schaden der Provinz und zu seinem eigenen größten Nachtheile versäumt hat, ja durch welche er in Betreff der Bahn von Posen nach Warschau hin sogar nur ein Versprechen einzulösen wird, welches teilweise schon in den Zusagen des Eisenbahngegesetzes von 1842 niedergelegt ist. Deshalb bitten wir ein hohes Haus der Abgeordneten, entweder den Gesetzentwurf über die Eisenbahn-Anleihe von 120 Millionen Thalern dahin zu amenden, daß aus dieser Anleihe in erster Reihe eine Staats-Eisenbahn von Posen über Wreschen und Strzelkowo bis zur Landesgrenze bei Słupce und eine Staats-Eisenbahn von Posen über Schneidemühl nach Kolberg gebaut werde, oder den genannten Gesetzentwurf ganz abzulehnen mit der Aufforderung an die f. Staatsregierung, daß sie einen anderen Gesetzentwurf einbringe zur Aufnahme einer Anleihe beabs. Erbauung einer Staats-Eisenbahn Posen-Wreschen-Strzelkowo bis zur Landesgrenze bei Słupce und einer Staats-Eisenbahn Posen-Schneidemühl-Kolberg.

Wasserheilanstalt Königsbrunn.

Station Königstein, via Dresden. — Fortwährend geöffnet und besucht.

Direktor Dr. Putzar.

Gut gebrannte
Dach- und Mauersteine
stehen zum Verkauf.

Dom. Ostrowieczno
bei Döllzig.
bei Dolzig.

Ein anständig mödl. Bim. mit Entrée- und Schlafkabinett, nach vorn heraus, ist vom 1. Februar ab zu vermieten
Halbdorffstraße Nr. 16.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Die deutsche anthropologische Gesellschaft in Berlin hat eine Kommission eingesetzt zur topographischen und kartographischen Feststellung der berühmtesten vorhistorischen Ansiedelungen, Befestigungen, Pfahlbauten u. s. w. Dieselbe besteht aus folgenden Mitgliedern: Prof. Dr. Birchow in Berlin, Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Schaafhausen in Bonn, Wirkl. Geheimrat v. Toden in Bonn, Prof. Dr. Eder in Freiburg-Breisgau, Prof. Dr. Sandberger in Würzburg, Dr. Esselen in Hamm, Studienrat Dr. Müller in Hannover, Dr. Bibel in Hamburg, Prof. Dr. Küttner in Basel, Dr. v. Hollwald in Augsburg, Dr. Masch in Darmstadt, Rakeburg, städtischer Bibliothekar Dr. Baier in Straßburg und Prof. Dr. Wittich in Königsberg i. Pr.

Vermischtes.

* Köln, 25. Januar. In der vergangenen Woche hat die große Karnevalsgesellschaft eine Deputation an den Kronprinzen abgesandt, welche von dem Ober-Hofmarschall desselben bereitwillig empfangen worden ist. Die überreichten Geschenke: drei Mützen für den Kronprinzen und seine beiden Söhne, Orden, Diplom, und Aktie hat der Kronprinz freundlich entgegengenommen und seinen Dank nebst Bedauern ausgesprochen, die Herren nicht persönlich empfangen zu können, weil er, gemäß den Anordnungen der Herren, welche er strengstens zu beachten pflege, jede Aufregung vermeiden müsse. Für den Fall der Genebung sei er gern bereit, beim Jubelfest zu erscheinen. Als Absteige-Quartier ist dem Kronprinzen die erste Etage des Bellevue-Hotels in Deutz zur Disposition gestellt.

* Schenkwürdigkeiten. Ein Westend-Museum, das sich gegenwärtig in Breslau befindet, kündigt neben 1000 der wertvollsten Präparate auch als neu angekommen an: „Die Totenmaske des Kaisers Napoleon III., sowie die Operation desselben.“ Entree 5 Silbergroschen.

* Wie weit sich ein orthodoxer Geistlicher versteigen kann, geht aus folgender zuverlässiger Mitteilung hervor: Am 18. d. M. fand in dem zum preuß. Kreise Ziegenrück gehörigen Gebirgsstädtchen Ranie, in der dortigen evangelischen Kirche, eine Tauffeierlichkeit statt. Vor der Taufakt vollzogen wurde, mußten sich die um den Taufstein versammelten Bathen hinsichtlich ihres Wissens und Könnens in religiösen Dingen, zum größten Erstaunen aller Anwesenden, einem Gramen unterwerfen, indem der Pfarrer B. einen nach dem Andern, gleich Schulfürsten, Theile aus den Hauptstücken verfassen ließ. Nachdem derselbe sich auf diese Weise die Überzeugung verschafft hatte, daß unter den Bathen kein unwürdiger sei, ging die Taufe selbst vor sich. Wie Tags darauf der gedachte Pfarrer der Gemeinde von der Kanzel herab verkündet hat, wird von jetzt ab jeder Tauffeierlichkeit eine leichte Prüfung der Bathen vorausgeschoben. Nach der Taufe wandte sich der Pfarrer an den Vater des Tauflings mit dem Antrage, die erledigte Stelle eines Kirchenräthsmitglieds anzunehmen. Letzteres lebte dieser jedoch ab, worauf sich der Pfarrer mit den Worten entfernte: „Nun da sind sie ein schlechter Christ!“ — Das Verfahren des Pfarrers erregt in dem Städtchen Ranie und Umgegend große Sensation.

Briefkasten der Expedition.

Herrn Eduard Krochmann in Moalino. Wie Ihnen bereits mitgetheilt, haben wir für die Überchwemmen an der Ostsee aus Mogilno nur den Betrag von 5 Thlr. unter C. B. und zwar am 7. Dezember v. J. erhalten. Da Sie diesen als den Ihnen nicht anerkannten wollen, müssen wir Sie ersuchen, uns durch das kais. Postamt hier selbst den Beweis zu liefern, daß wir einen zweiten Betrag von 5 Thlr. am 7. Dec. v. J. aus Moalino unter C. K. erhalten haben.

Die Expedition der Posener Zeitung.

Berantwortlicher Redakteur Dr. jur. Walther in Posen.

Angekommene Fremde vom 30. Januar.

LEINER'S HOTEL DE PARIS. Die Kaufl. Firma a. Frankfurt a. M., D. Fischer a. Apolda, Mohr, Brock u. Winkel in Berlin, Ernst a. Breslau, Mühlstein aus Stuttgart, Rothchild aus Leipzig, Milz a. Chemnitz, Mand a. Mainz, Loewenstein a. Bafel, Maher a. Rotterdam, Alfermann a. Danzig, Feldstein a. Königsberg, Boeler a. Wien, Rentier Stahlmeyer aus Koblenz, Rentier Altrog aus Berlin, Dr. d. Union Raefmacher a. Magdeburg, die Ritterabs. Barth aus Modrz, Frau Witt aus Bodzanow, Lorenz u. Gemahlin aus Lissa, St. Eppner, Boas u. Ham, Oberamtmann Saße a. Neudorf, Mühlberg u. Gem. a. Berlin, die Pferdebänder Sedelmeier, Stranzer u. Beidmeyer a. München.

HOTEL DE ROME. (Julius Bärkow.) Die Kaufl. Wiens, Krausnik, Gottheil a. Berlin, Cohn a. Giersdorf, H. Meissner a. Blauen i. O., Suble a. Chemnitz, Hirschberg a. Bamberg, Frieder a. Breslau, Abel a. Köln, Kubel u. Levy a. Hamburg, Administrator Becker aus Warschau, Hauptmann Korsch a. Glogau, die Ritterabs. Wallisärsit aus Stargow, Schwanke, Gebr. Winkel, Ober-Inspektor Hampe aus Breslau.

THIENERS HOTEL GARNI. Die Rentiers Schlesinger a. Menzais, Goldring a. Neu-Orleans, Gutsbes. Kuniczki a. Wörbice, Amts-R. Dulling a. Breslau, Fabrik Heinrich a. Schwiebus, Techniker Schneider a. Stettin, Gutsbes. v. Stanicki a. Pleścien, Stabs-Arzt Gotthe aus Berlin, Rechtsam. Möller a. Berlin, Hausbes. Grun u. Frau aus Memel, Zimmermeister Menz a. Steinau, die Kaufl. Lehrbaum aus Breslau, Schlesinger aus Berlin, Stamm aus Stettin, Trautmann aus Magdeburg.

KIHLER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Die Kaufl. Zofel und Scherffe a. Breslau, Boas a. Wreschen, Frau Mäsurlewitsch aus Oberschlesien, Warschauer a. Stenschno, Alexander und Sam. a. Neustadt a. W., Goldberg aus Warschau, Balletmistr. Eichberg aus Lissa, Restaurateur Michalski a. Neutomysl.

Herr Redakteur! Erst heute auf den Artikel über die hiesige Steiger-Abtheilung in der gestrigen Nummer Ihrer geschätzten Zeitung aufmerksam gemacht, wonach die Steiger-Abtheilung einen Strike beabsichtigt, wenn sie nicht die ausgesetzte Prämie für das Feuer in der Johannis-Mühle erhalte, ersuche ich Sie um Aufnahme der berichtigenden Mitteilung, daß wir zwar die ausgesetzte Prämie für unsere zuerst auf der Brandstelle angekommene Spritze beanspruchen, daß jedoch von einem bei uns in Aussicht stehenden Strike gar nicht die Rede gewesen ist.

Posen, 29. Januar 1873.

Friedrich Lindner,

Brandmeister der Steiger-Abtheilung.

Balsam Bilfinger, bewährtes Mittel gegen Rheumatismus und Gicht.

General-Depot: Felix Riebel in Leipzig.

Preis: 1/4 Blätter 1 Thlr.
10 Sgr., 1/2 Blätter 21/2 Sgr.

Annoncen-Expedition, Zeldler & Co., Berlin.

Eine große Wohnung zu vermieten
Halbdorffstraße Nr. 5, erster Stock.

Dippeln, den 17. Januar 1873.

In der Stadt Sennenhagen in Böhmen ist der Ausbruch der Kinderpest amlich konstatiert worden. Die Königl. Regierung zu Breslau hat in Folge dessen einen Theil der Landesgrenze ihres Bezirks nach den Grundzügen der §§ 6, 8 und 9 der Bundes-Präsidial-Instruktion vom 26. Mai 1869 (B. G. Bl. de 1869 S. 149 ff.) gesperrt. Damit nun diese Sperrmaßregeln nicht illusorisch gemacht werden, hat das Königliche Ober-Präsidium der Provinz mittlere Restriktion vom 15. d. Ms. die Absperrung der Landesgrenze des Kreises Neisse dieserzeitigen Bezirkes nach obigen Grundsätzen erklärt worden.

Demzufolge treten für die Landesgrenze Neider Kreises in der Höhe von Weitzwasser beginnend bis in die Richtung von Wildgrund reichend die §§ 6, 8 und 9 der Bundes-Präsidial-Instruktion vom 26. Mai 1869 in Kraft wonach

1. Die Ein- und Durchfuhr von Vieh aller Art (einschließlich des Pferds und des Füderviehes) aller von Munde stammenden thierischen Theile im frischen und trocknen Zustande (mit Ausnahme von Butter, Milch und Käse) von Dünger, Rauchfutter, Sirup und anderen Stremataleien, gebrauchte Stallgerätschaften, Geschirren u. Ledergütern, von unverarbeiteten resp. keiner Fabrikwäsche unterworfenen Wolle, Haaren und Borsten, endlich von gebrauchten, für den Handel bestimmten Kleidungsstücken unbedingt verboten ist.
2. Person n., deren Beschäftigung ein Verführung von Vieh mit sich bringt, z. B. Fleischer- und Viehhändler, sowie deren Personal, die oben gedachte Grenzfürke nur an denjenigen Orten überschreiten dürfen, welche von den betreffenden Kreislandräthen als Uebergangspunkte bestimmt und durch die Kreisblätter bekannt gemacht sind. An diesen Punkten müssen sich die oben angegebenen Personen die vorgeschriebenen Desinfektion unterwerfen.
3. Jeder Kindheitsbesitzer hat vor jedem verdächtigen Erkrankungs- oder Sterbefall, welcher sich unter seinem Kindvieh ereignet, sofort dem Polizeiverwalter des Ortsteiles zu machen. Diese Verpflichtung hat jeder, der sonst zuverlässige Runde davon erlangt, dass ein Stück Vieh aus der Kinderpest frisch oder gefallen ist, oder doch auch nur der Verdacht einer solchen Krankheit vorliegt.
4. Wer Kindvieh einschließlich der Kälber in eine Gemeinde einführt, oder aus derselben ausführt, muss mit einem Ursprungssattel versehen sein, welches von dem Ortsvorstande oder der Ortspolizeibehörde des Herkunftsorts des Kindviehs ausgestellt ist und ein das Gesicht, die Faie und die etwaigen Abzeichen derselben nachweisend Nationale, sowie die ausdrückliche Bescheinigung enthält, dass in jenem Orte seit drei Monaten keine ansteckende Krankheit unter dem Kindvieh gebe. Ein solches Attit ist bedingt nur während acht Tagen einschließlich des Tages der Ausstellung Gültigkeit. Wer innerhalb dieser Zeit das auszuführende Vieh nicht ausführt und veräußert hat, muss das Attit spätestens zwei Tage nach Ablauf seiner Gültigkeit an den Ortsvorstand des Herkunftsorts zurückgeben. Wer Vieh einführt, muss bei Anmeldung des Viehs das Ursprungssattel an den Ortsvorstand vorhanden haben.
5. Der Verkehr der Posten wird einflussreichen durch diese Sperrmaßregeln noch nicht unterbrochen.
6. Das Abholen von Viehmärkten in den Kreisen Neisse, Nusiedl, Leobschütz und Matzlow wird bis auf Weiteres untersagt.
7. Den den gesamten übrigen Saar- und Durchfuhr von Kindvieh jeglicher Art nicht bloss das graue Mace angehörigen verboten, im Übrigen bleibt für den zweit gebauten Grenzschranken aufnehmen und täglich den Ab- und Zugang, sowie jede Veränderung in dem Viehstande spiegelverkehren muss. Die Registrierungen müssen mindestens einmal wöchentlich von den vorgelegten Organen revidiert werden. Im Nebenfall verweisen wir auf unsere Amtsblatt-Konntmachung vom 28. Dezember 1872 (Amtsblatt de 1873 Stück Nr. 1) welche in Kraft steht und deren genaue Beobachtung wir dringlich allen Total-Verwaltung.

Behörden unseres Bezirks zur strengsten Pflicht machen.

9. Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden nach § 328 des Strafgesetzbuchs für das deutsche Reich geahndet werden.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Bekanntmachung.

Der über das Vermögen des Kaufmanns Alexander Szymanski in Posen eröffnete Konton ist nach vollständiger Realisierung und Vertheilung der Masse für beendet und der Schatzmeister für nicht entzuldet worden.

Posen, den 18. Januar 1873.

Königliches Kreisgericht.

1. Abtheilung.

Proclama.

Es ist auf Todes-Ellärung folgender Personen:

1. des am 5. Dezember 1837 in Schloss (Kowalewo) im Vorwerk geborenen Schlosses Gustav Adolph Leopold Bau, welcher seit dem Jahre 1857 sich auf der Wanderschaft befunden, vom 8. bis 23. April 1862 im sächsischen Lazarett in Bromberg gewesen und seitdem verschollen ist,
2. der nach Polen verzogenen und seither als 10 Jahren verschollene Geschwister Simon und Eva Krzykiewicz aus Podgorz angelaufen worden.

Die genannten Personen, sowie ihr unbekannter Leben und Ebenhaupt werden hierzu aufgefordert, sich spätestens in dem hieraufst am

7. Mai 1873,

Mormittags 11 Uhr,

vor dem Herrn Kreisrichter Dr. Meissner im Taminzimmer No. 4 anzuhören. Termine bei dem unterzeichneten Richter zu stellen, wibrigenfalls auf die Todeserklärung der genannten verholten Personen und, was dem angezeigt, erkannt, und ihre Nachschriften bekannt. Gedenkt mit der in § 844 ff. Th. II. Tit. 18 des Allg. L. bestimmt in Folgen zuerkann werden.

Thorn, den 16. Juli 1872.

Königliches Kreisgericht.

Erste Abtheilung.

Auction.

Neben der zu Mittag, den 31. av. verauerten Wein-Auction werden auch die Räume mit Zigarren und ihren Regulator ve feilgen.

Grosse, vol. certifl. Auctions-Kommissarie

Für

Maurermeister.

In einer verkehrtreichen Kreisstadt der Provinz Posen, welche von einer bereits konzessionirten Eisenbahn berührt und voraussichtlich Knotenpunkt einer zweiten Bahlinie werden wird, ist ein ausgebretetes, mit grossem Gewerbe betriebenes Baugeschäft mit rentablem Grundstück und Gerätschaften, sowie mit begonnenen und aktodizierten Bauten unter östlichen Bedingungen bei einer Anzahlung von 4.000 Thlr. zu verkaufen.

Alle Selbtkäufer wollen ihre Adressen unter der Adresse E. 3205 der Nonnen-Expedition von Rudolf Mosse in Breslau zur Weiterförderung gesetz. einzutragen.

5. Der Verkehr der Posten wird einflussreichen durch diese Sperrmaßregeln noch nicht unterbrochen.

6. Das Abholen von Viehmärkten in den Kreisen Neisse, Nusiedl, Leobschütz und Matzlow wird bis auf Weiteres untersagt.

7. Den den gesamten übrigen Saar-

und Durchfuhr von Kindvieh ge-

mäß § 1 al. 2. a. O. wird die

Ein- und Durchfuhr von Kindvieh jeglicher Art nicht bloss da-

der grauen Mace angehörigen ver-

boten, im Übrigen bleibt für den

zweit gebauten Grenzschranken auf-

nehmen und täglich den Ab-

und Zugang, sowie jede Verände-

rung in dem Viehstande spiegel-

verkehren muss. Die Registrie-

rungen müssen mindestens einmal wöchent-

lich von den vorgelegten Organen

revidiert werden. Im Nebenfall

verweisen wir auf unsere Amtsblatt-

Konntmachung vom 28. De-

zember 1872 (Amtsblatt de 1873

Stück Nr. 1) welche in Kraft steht

und deren genaue Beobachtung wir

dringlich allen Total-Verwaltung-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

